

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Zur Höhe!

Soeben ist, reichlich spät, die Übersicht der Generalkommission über die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen Deutschlands im Jahre 1905 erschienen. Mit Genugtuung und Stolz kann jeder organisierte Arbeiter diesen Bericht zur Hand nehmen, denn er redet nur von einer ins Riesenhafte gesteigerten Machtenfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung; es sind nur erfreuliche Bilder, die er uns vorführt, es sind nur große Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation, über die er berichtet. Zunächst wird allerdings nur ein Bild der rein organisatorischen Erfolge wie der Massenleistungen der Gewerkschaften geboten, den ganzen Umfang der gewerkschaftlichen Entwicklung innerhalb des letzten Jahres wird man erst erfassen können, wenn die Streikstatistik für das Jahr 1905 vorliegt. Immerhin zeigt uns schon die Summe von 9674 094 M., die im letzten Jahre von den modernen Gewerkschaften allein für Streiks verausgabt worden ist, eine wie rege, noch nie dagewesene Tätigkeit auf rein wirtschaftlichem Gebiet von den Gewerkschaften geleistet worden ist, und unsere persönliche Kenntnis des vorjährigen wirtschaftlichen Kampffeldes sagt uns, daß diese enormen Aufwendungen reiche Früchte gezeitigt haben.

Zunächst sei auf die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften im letzten Jahre verwiesen. Es waren nach der Statistik am Jahreschluss 1905 in den modernen Gewerkschaften 1 429 308 Mitglieder vereinigt, gegen das Vorjahr eine Zunahme um 316 084 oder um 28,3 Prozent. Im Jahre 1904 betrug die Mitgliederzunahme 175 454 oder 18,5 Prozent, im Jahre 1903 192 707 oder 25,6 Prozent.

Wohl in keinem Jahre ist eine ähnlich günstige Entwicklung der Gewerkschaften zu verzeichnen gewesen. Nach den in der Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission veröffentlichten Jahresdurchschnittsziffern (die Jahresendziffern werden erst seit 1903 mitveröffentlicht) hatte die gewerkschaftliche Agitation nur im Jahre 1896 ein annähernd so günstiges Ergebnis. Damals betrug die Zunahme im Durchschnitt des Jahres 27 Prozent, im letzten Jahre war eine Zunahme — die Jahresdurchschnittsziffern in Vergleich gezogen — von 27,8 Prozent zu verzeichnen.

Langsam erst hat sich in Deutschland die gewerkschaftliche Bewegung durchdringen können. Vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1893 ging die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften von 277 659 auf 228 530 zurück. Von da ab zeigte sich eine ständige Aufwärtsbewegung, die, wie gesagt, im letzten Jahre ihren Höhepunkt erreichte. Hatten unsere Gewerkschaften doch im letzten Jahre eine bei weitem größere Zunahme zu verzeichnen, als sie insgesamt im Jahre 1894 Mitglieder zählten.

Diese günstige Entwicklung erstreckt sich fast gleichmäßig über alle Gewerkschaften. Es sind nur wenige kleine Organisationen mit geringen Mitgliederzunahmen vertreten, und nur eine Gewerkschaft, die der Rüstschmer, hat eine Abnahme an Mitgliedern, und zwar um 59 zu verzeichnen. Alle anderen Gewerkschaften konnten am Jahreschluss 1905 Hunderte und Tausende Mitglieder mehr ausweisen als am Jahreschluss 1904. Am meisten gewann der Metallarbeiterverband, 60 728, dann folgten die Maurer mit einem Mehr von 28 551, die Textilarbeiter mit 26 550, die Fabrikarbeiter mit 25 089, die Holzarbeiter mit 24 755, die Bergarbeiter mit 24 378, die Bauhilfsarbeiter mit 16 420, die Handels- und Transportarbeiter mit 10 249 mehr Mitgliedern Ende 1905 gegen Ende 1904.

Welch stolze Zahlen! Geben sie nicht die beste Widerlegung der pessimistischen Anschauungen von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung? Redete man noch vor einigen Jahren davon, daß die Gewerkschaften niemals in die kapitalistischen Tiefenbetriebe Eingang finden könnten: die 259 692 organisierten Metallarbeiter am Jahreschluss 1905 und die 820 000 organisierten Metallarbeiter Mitte des Jahres 1906 zeigen uns, daß es ein „Unmöglich“ nach dieser Richtung für uns nicht mehr gibt! Hier es noch vor einem Jahre, die Gewerkschaften würden niemals in gewissen Schichten der unqualifizierten Arbeiterschaft festen Fuß fassen können, und allein schon unter den Bauhandlangern gab es am Jahreschluss 1905 55 447, unter den Bergarbeitern 105 060, den Fabrikarbeitern 75 870, den Handels- und Transportarbeitern 50 854 organisierte Arbeiter, und diese Zahlen haben sich im letzten halben Jahre noch beträchtlich erhöht. Sprach da noch vor 14 Tagen in Leipzig ein Genosse von der Unmöglichkeit, die gesamte Arbeiterschaft den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen, und in zwei Jahren haben sich die Gewerkschaften schon um mehr als eine halbe Million an Mitgliedern vermehrt. Sie zählen jetzt schon über 1 1/2 Millionen Mitglieder, und im Verein mit den lokalen, christlichen, Dürsch-Dückerischen und unabhängigen Organisationen deren

weit über zwei Millionen. Und immer höher steigt die Flut der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, von Tag zu Tag vermehrt sich ihr Kämpferheer um Hunderte und Tausende. Kann man da nicht den Genossen, welche an der Entwicklung der Gewerkschaften zu einer Organisation der Gesamtarbeiterschaft immer wieder verzweifeln, mit Recht zurufen: „Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam!“

Glänzend widerlegt wird durch die Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission auch die von derselben Seite aufgestellte These von der Schädigung der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften durch hohe Beiträge. Der Bericht erweist das Unhaltbare dieser Auffassung an einigen Beispielen: Die Holzarbeiter hatten im Jahre 1894 einen Wochenbeitrag von 15 Pf. für männliche Mitglieder. Die Mitgliederzahl betrug 26 141, die Jahreseinnahme 189 771 M. oder pro Kopf der Mitglieder 7,27 M. Im Jahre 1900 war der Beitrag 25 Pf., die Mitgliederzahl stand auf 73 972, die Jahreseinnahme auf 1 108 954 oder pro Kopf 15 M. Im Jahre 1905 war der Wochenbeitrag 35 Pf., die Mitgliederzahl hatte sich auf 119 925, die Jahreseinnahme auf 3 245 075 M. oder pro Kopf auf 27,06 M. erhöht.

Die Maurer hatten 1894 einen Wochenbeitrag von 10 Pf. (außerdem im Sommer Extrabeiträge von 10 bis 80 Pf. pro Woche). Die Mitgliederzahl stand auf 12 580, die Jahreseinnahme auf 86 170 M. oder pro Kopf der Mitglieder 6,85 M. Im Jahre 1900 stand der Beitrag auf 25 bis 55 Pf. (je nach der Höhe des Stundenlohnes des Mitgliedes), die Mitgliederzahl betrug 82 964, die Jahreseinnahme 1 264 063 M. oder pro Kopf 15,23 M. Im Jahre 1905 war der Beitrag auf 30 bis 60 Pf. erhöht, die Mitgliederzahl stieg auf 155 911, die Jahreseinnahme auf 3 126 826 M. oder pro Kopf 20,06 M.

Die Metallarbeiter hatten 1894 einen Wochenbeitrag von 15 Pf. für männliche Mitglieder, einen Mitgliederbestand von 33 406, eine Jahreseinnahme von 254 576 M. oder pro Kopf 7,62 M. Im Jahre 1900 war der Wochenbeitrag auf 30 Pf. erhöht, Mitgliederbestand war 100 782, Jahreseinnahme 1 193 231 M. oder pro Kopf 11,84 M. Im Jahre 1905 hatte der Verband einen Beitrag von 50 Pf., einen Mitgliederbestand von 233 323, eine Jahreseinnahme von 5 357 728 M. oder pro Kopf 22,96 M.

Die Zimmerer hatten 1894 einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche (außerdem im Sommer Extrabeiträge von 10 bis 30 Pf. pro Woche), eine Mitgliederzahl von 8127 M., eine Jahreseinnahme von 69 819 M. oder pro Kopf 8,59 M. Im Jahre 1900 stand der Beitrag auf 15 bis 35 Pf., die Zahl der Mitglieder auf 25 272, die Jahreseinnahme auf 313 810 M. oder pro Kopf 12,40 M. Im Jahre 1905 war der Wochenbeitrag 30 bis 75 Pf., der Mitgliederbestand 42 249, die Jahreseinnahme 1 093 293 M. oder pro Kopf 25,88 M.

Deutlicher kann die folgende Opferwilligkeit der deutschen Gewerkschaften bei der Entwicklung der Gewerkschaften doch nicht gut erwiesen werden!

Vermöge der hohen Beiträge im Verein mit der enormen Mitgliederzunahme stieg die Gesamteinnahme der Gewerkschaften im letzten Jahre auf 27 812 257 M. (gegen 20 190 680 Mark im Jahre 1904), die Gesamtausgabe auf 25 024 234 Mark (17 388 756 M.), die Rassenbestände der Organisationen auf 19 635 850 M. (16 109 908 M.). Vermöge dieser günstigen Rassenverhältnisse erst konnten die Gewerkschaften eine wahrhaft großartige gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten, was sich in der Ausgabe an Unterstützungen in Höhe von 7 913 099 M. (7 398 768 M.), vor allem aber in der Ausgabe von 9 674 094 M. (5 889 519 M.) allein in einem Jahre für Streiks offenbart. Auch eine Illustration des Ausspruchs, große Gewerkschaftskassen machen die Gewerkschaften aktionsunlustig, und des anderen Schlagwortes von dem Ruhebedürfnis der Gewerkschaften. In dem einen Jahre 1905 verausgabten unsere Gewerkschaften mehr für Unterstützungen bei Streiks, als in den zehn Jahren 1891 bis 1900 zusammen genommen, und im Jahre 1906 dürften die Ausgaben für Streiks noch bei weitem umfangreicher sein als im Vorjahr.

So wird manche pessimistische Anschauung, wie sie im letzten Jahre immer wieder gegen die Gewerkschaften laut geworden ist, durch die Tatsachen kräftig widerlegt, nicht zuletzt auch die von den verhängnisvollen Folgen der modernen Ausperrungen auf die Entwicklung der Gewerkschaften. Darüber wird sich später noch mehr sagen lassen.

Es sind nur freudige Gefühle, die uns bei einem Rückblick auf das Gewerkschaftsjahr 1905 bewegen. Wir haben glänzende Erfolge erzielt, unsere Organisationen steigen immer höher, und es kann nur eine Frage der Zeit sein, bis wir sie auf die vielen Millionen der gewerkschaftlich noch indifferenten Arbeiter ausgebeugt haben. Es liegt viel an uns, daß wir dieses Ziel recht bald erreichen. Arbetten wir deshalb fleißig an der Stärkung unserer Organisationen. Eine fleißige, freudige, zielbewusste Arbeit war immer noch die Vorbedingung großer Erfolge. Also mutig vorwärts!

Der Arbeitsvertrag und seine Auflösung durch den Unternehmer.

Eine Frage des Rechtes und der Moral.

II. (Schluß.)

—r. Es klingt auf den ersten Blick sehr einleuchtend, wenn gesagt wird, daß der Unternehmer über die Anstellung und Entlassung seiner Arbeiter ganz allein zu bestimmen habe, und daß ihm hierin niemand hineinreden dürfe. Diese Auffassung der Sachlage ist so allgemein verbreitet und so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß es selbst in Arbeiterkreisen Kopfschütteln erregt, wenn jemand das Gegenteil behauptet. Und doch ist diese Ansicht, die von einer Verkennung des Begriffs „Freiheit“ ausgeht, total falsch. Der Unternehmer darf nicht das Recht haben, einen Arbeiter ohne jeden Grund oder ohne einen hinreichenden Grund zu entlassen. Dies ist der Kernpunkt der Frage. Wenn der Unternehmer seinen Betrieb verändert oder einschränkt, wenn in der Person des Arbeiters Veränderungen eintreten, die ihn als ungeeignet für den Betrieb erscheinen lassen, so hat der Unternehmer selbstverständlich das Recht der Entlassung; wenn aber keiner dieser Gründe vorhanden ist, so hat er das Entlassungsrecht nicht. Das ist unsere Behauptung, mit der wir keineswegs allein dastehen. In seiner lesenswerten Abhandlung „Zur Kritik des Arbeitsvertrags“ nimmt Dr. Fleisch dieselbe Stellung ein, indem er schreibt: „Wer behauptet, daß die willkürliche Entlassung ein selbstverständliches und deshalb uneinschränkbares Recht des Unternehmers als Eigentümers der Produktionsmittel und des Produkts sei, der beweist nichts, sondern stellt ein Axiom auf. Axiome und Dogmen haben allerdings den Vorteil, daß sie nicht bewiesen zu werden brauchen, aber dafür versagt auch ihre Autorität gegenüber dem Ungläubigen, und es läßt sich nicht übersehen, daß nicht nur die Arbeiter gegenüber der Souveränität (Alleinherrschaft) des Unternehmers — der Übertragung des Sages: l'état c'est moi (der Staat bin ich!) vom Staate in die Fabrik — längst ungläubig geworden sind.“

In der Tat läßt sich die Alleinherrschaft des Unternehmers in seinem Betrieb, dieses Dogma des Kapitalproleten, auf die Dauer nicht mehr aufrecht erhalten, sondern muß dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Arbeitsprozeß, dem Betriebskonstitutionalismus, Platz machen. Die Notwendigkeit dieser Umänderung ergibt sich aus dem Wesen der Arbeitskraft und aus der Tatsache, daß der Arbeiter heute ein gleichberechtigter Staatsbürger geworden ist. Gerade so wie die früheren „Untertanen“ eines Fürsten zu Wollbürgern geworden sind und an der Leitung des Staates Anteil haben, gerade so entwickeln sich die Lohnsklaven allmählich zu „Mitarbeitern“, die darüber mitzubestimmen haben, wie ihre Arbeitskraft gebraucht werden soll. Und bei diesem Mitbestimmungsrecht spielt die Frage der Arbeiterentlassung eine wichtige Rolle.

Wenn wir bei unserer Untersuchung etwas tiefer graben, so finden wir, daß ein jedes Recht etwas Relatives ist und seine zwei Seiten hat, daß nämlich jedes Recht ein Unrecht in sich schließt. Was der eine Mensch als sein gutes Recht empfindet und mit Hünern und Klauen verteidigt, das empfindet der andere, der von diesem Rechte ausgeschlossen ist, als ein Unrecht. Das Recht des Sklavenshalters ist ein Unrecht für den Sklaven, das Eigentumsrecht des Besitzenden erscheint dem Besitzlosen als ein schreiendes Unrecht, das Wahlrecht der Privilegierten nennt der vom Wahlrecht Ausgeschlossene ein Unrecht, das beseitigt werden muß, das Ausbeutungsrecht des Kapitalisten bezeichnet der Proletarier als ein verdammungswürdiges Unrecht usw. So empfindet auch der ohne hinreichenden Grund Entlassene das selbstverständliche und uneinschränkbare Recht des Unternehmers, seinen Arbeiter nach Belieben zu entlassen, als ein haarsträubendes Unrecht. Wer von uns hätte dies noch nicht empfunden? Wer hätte noch nicht zähneknirschend und fäusteballend seine Arbeitsstätte verlassen mit dem tief schmerzenden Bewußtsein, daß man ihm unrecht getan hat? Wie ein Pfahl im Fleische, so wirkt diese Empfindung, und die Wunde, die ein solches Unrecht verursacht, vernarbt und heilt so leicht nicht wieder. Und da komme man einem solchen „Gerausgeschmissenen“ doch mal mit dem Verede von dem guten Rechte des Unternehmers!

„Aber dafür ist das Gewerbegericht da,“ wird man sagen, und man meint, wunder etwas Gescheites gesagt zu haben. Bei näherem Eindringen in diese Materie bemerkt man aber sofort, daß das Gewerbegericht hier völlig ausscheidet, da es sich lediglich mit der Frage zu beschäftigen hat, ob die

Kündigungssfrist innegehalten ist. Bezahlt ein Unternehmer den Lohn bis zum Kündigungstage oder wird er hierzu durch das Gewerbegericht gezwungen, so ist die Sache für ihn erledigt — für den Arbeiter ist sie aber noch lange nicht erledigt, denn durch die paar Mark, die ihm der Unternehmer nachwirft, ist das Unrecht natürlich noch lange nicht aus der Welt geschafft. Es kann deshalb nicht als eine unbillige Forderung gescholten werden, wenn die Arbeiter, deren Menschenwürde und Arbeitsehre nicht minder, wie auch die wirtschaftliche Existenz bislang wehrlos der Willkür des Unternehmers ausgeliefert ist, nach der Beseitigung eines solchen Zustandes streben, der dem modernen Rechtsempfinden direkt ins Gesicht schlägt.

Sobald ein Recht, und sei es durch Jahrtausende geheiligt oder sei es ein sogenanntes göttliches oder historisches, sobald ein Recht von breiten Schichten der Bevölkerung als ein Unrecht empfunden wird, gerät es ins Wanken und muß durch ein neues, höheres Recht ersetzt werden. So auch in unserem Falle. Hieraus folgt, daß eine höhere Instanz geschaffen werden muß, die in einem gegebenen Augenblick, nach Anhörung der Gründe und Gegengründe, darüber entscheidet, ob die Entlassung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist.

Über die praktische Durchführung dieser prinzipiellen Forderung gehen die Meinungen auseinander. Der Sozialpolitiker Dr. Flesch macht den Vorschlag, diese Frage gesetzlich zu regeln; er hat bereits vor Jahren einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf veröffentlicht „über die Auflösung gewerblicher Arbeitsverträge“, worin einem Unternehmer — in der Praxis wird es sich vorwiegend um Großbetriebe handeln — eine weitgegriffene Entschädigungspflicht auferlegt wird, wenn er ohne wesentliche, mit den wirtschaftlichen Aufgaben des Arbeitsvertrags zusammenhängende Gründe kündigt; außerdem wird ihm eine Strafe angedroht, wenn ihm nachgewiesen werden kann, daß er die Entlassung vorgenommen hat, um den Arbeiter in seinen staatsbürgerlichen Rechten zu beschränken, oder weil der Arbeiter seine staatsbürgerlichen Pflichten in bestimmter Weise ausgeübt hat. Über eine solche Forderung, meint Dr. Flesch, können diejenigen am allerwenigsten erstaunt sein, die stets eine Bestrafung des kontraktbrüchigen Arbeiters fordern.

Wir selbst haben natürlich prinzipiell gegen diesen Vorschlag nichts einzuwenden und halten seine praktische Durchführung nicht nur für wünschenswert, sondern auch für möglich; wir sind nämlich der Ansicht, daß der Willkür und dem Terrorismus des Unternehmertums endlich einmal das Handwerk gelegt werden muß. Und zwar auf gesetzlichem Wege, denn die Gesetzgebung hat die Pflicht, den Unternehmern klar zu machen, daß sie nicht das Recht haben, unrecht zu tun. Dennoch aber erscheint uns die gesetzliche Regelung dieser Frage allein nicht ausreichend, wir meinen vielmehr, daß auch die Gewerkschaften die Aufgabe haben, sich mit dieser Materie eingehender zu befassen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Wie sie überhaupt dazu bestimmt sind, die Interessen ihrer Mitglieder in jeder Beziehung zu wahren, so müssen sie auch diesen Kreis der Interessenvertretung in ihr Programm aufnehmen. Es müssen Instanzen geschaffen werden, die darüber zu entscheiden haben, ob eine Entlassung zu Recht oder zu Unrecht erfolgt ist. Über die Ausführung dieser Idee in der Praxis wollen wir uns nicht weiter verbreiten, es möge vorläufig genügen, das Prinzip festgelegt zu haben.

Kommen wir zum Schluß unserer Untersuchung, so stellen wir folgendes fest: Es ist eine Forderung des Rechtes und der Sozialmoral, daß der zu Unrecht entlassene Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Folgen seiner Entlassung geschützt und daß seinem verletzten Rechtsgut Genugtuung verschafft wird; der heutige Zustand, der weder auf das Existenzrecht des Arbeiters noch auf seine Menschenwürde Rücksicht nimmt, hat sich überlebt und muß beseitigt werden.

E. Der sechste Kongreß der christlichen Gewerkschaften

hat am 28. und 29. Juli in Breslau getagt. Über den Begrüßungsabend, der den Verhandlungen vorausging, ist an anderer Stelle dieser Nummer das Nötige gesagt. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften (Nr. 15) findet in der zahlreichen Beteiligung der Behörden eine besondere Auszeichnung des Kongresses. Diese „Auszeichnung“ ist sehr zweifelhafter Art. Wurden doch auf dem Kongreß immer wieder Klagen laut über die Haltung der Behörden den christlichen Gewerkschaften gegenüber, und mußten die also „Ausgezeichneten“ erst jetzt wieder erleben, daß der Streikführer der christlichen Arbeiter in Wirtzen bei Aachen aus dem Bette heraus verhaftet und festgesetzt wurde. Die „Auszeichnung“, die den christlichen Gewerkschaften in Breslau zuteil wurde, äußert sich in der Wirklichkeit also nicht anders wie die Auszeichnung, die den Tagungen der freien Gewerkschaften dadurch geschieht, daß die Behörden fernbleiben.

Für die Wahl der schlesischen Hauptstadt als Kongressort war, wie das christliche Zentralblatt schreibt, der Umstand maßgebend, daß, wenn auch die christlichen Gewerkschaften in den östlichen Provinzen allmählich eingebunden seien, es sich doch erst um Anfänge handle, die zu erhalten und zu entwickeln viele Mühe kosten werde; im Osten sei noch vieles zu gewinnen, da es sich gewissermaßen um gewerkschaftliches Neuland handle. — Was uns zu der Frage Anlaß gibt, weshalb beim das Zentrum, die angeblich so arbeiterfreundliche Partei, in diesen jungfräulichen, aber auch für die Arbeiter so trostlosen Gefilden gar nichts getan hat, um die

armen, ausgebeuteten und geknechteten Proletariat des Ostens zu organisieren?

Die Verhandlungen des christlichen Gewerkschaftskongresses begannen mit der Berichterstattung über das abgelaufene Jahr, die im Auftrage des Ausschusses des Gesamtverbandes der Generalsekretär Stegerwald gab. Die Gewerkschaftsbewegung, so führte der Berichtstatter aus, habe im Berichtsjahr einen Aufschwung genommen, wie noch in keinem Jahre zuvor. Auch die christlichen Gewerkschaften seien daran hervorragend beteiligt. Sie seien nicht nur bezüglich der Mitgliederzahl beträchtlich gewachsen, sondern, was noch wichtiger, auch ihre Leistungsfähigkeit habe bedeutend zugenommen — was Stegerwald durch die den Lesern unserer Zeitung bekannten Einzelzahlen des näheren belegte.

Wenn die Christlichen viel Wesens aus der Entwicklung ihrer Organisation machen, so sei an folgendes erinnert: Von den rund 190 000 Mitgliedern, die im letzten Jahresdurchschnitt vorhanden waren, entfällt die Hälfte auf die beiden auf das rheinisch-westfälische Gebiet beschränkten Verbände der Bergleute und der Textilarbeiter, so daß für die sämtlichen übrigen Verbände und somit für ganz Deutschland noch nicht 100 000 christlich organisierte Arbeiter übrig bleiben. Und was die Zunahme im letzten Jahre betrifft, die rund 80 000 Mitglieder beträgt, so entfallen davon 28 000 auf den Bergarbeiterverband, 19 000 auf einen dem Gesamtverband beigetretenen Eisenbahnverein, dessen gewerkschaftliche Befähigung noch erst erwiesen werden muß, so daß die gesamten übrigen Verbände sich mit einer Zunahme von rund 30 000 Mitgliedern begnügen müssen — eine Zahl, die wahrhaftig kein besonderes Ruhmen wert ist. Dazu vergesse man nicht, daß gegenwärtig ein gewaltiger Organisationstrieb durch die Massen geht; es wäre merkwürdig, wenn davon die Christlichen nicht auch profitierten, zumal in katholischen Gegenden, die uns noch vielfach verschlossen sind — alles Gründe, die die christlichen Ruhmredereien auf das gebührende Maß zurückzuführen.

In der Diskussion über den Jahresbericht kamen vorwiegend Klagen über das Verhalten der Unternehmer und der Behörden den christlichen Gewerkschaften gegenüber zum Ausdruck. Natürlich fehlte auch nicht der Jammer über den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften; auch die Hirsch-Dünckersehen, die nicht so neutral sind, wie die Christlichen wünschen, kriegen ihr Teil ab; die katholischen Fachabteilungen mußten ebenfalls herhalten, und um das Maß voll zu machen, wurde auch noch die bürgerliche Presse der Teilnahmslosigkeit, ja der Feindseligkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber beschuldigt. Feinde ringsum — trotz aller Bemühungen der Christlichen, ihre Fürtrefflichkeit, ja Unentbehrlichkeit zur Rettung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung vor den Gewalten des Umsturzes zu erweisen. Die Rechnung der Christenbrüder bezüglich der überzeugenden, gewinnenden, versöhnlichen Macht der christlichen und nationalen Gesinnung scheint danach doch an irgend einer Stelle ein gewaltiges Loch zu haben.

Den ersten Tag der Verhandlungen schloß ein Referat des Arbeitersekretärs Klotz (Essen) über die Betätigung der Ortskartelle. Das Referat wie die daraus hervorgehende Resolution zeigt, mit welchem Geschick die Christlichen von den freien Gewerkschaften zu lernen wissen, um sie dann, nachdem sie sich das Beste von ihnen angeeignet haben, in Grund und Boden zu verdammen. Den Schluß des Kongresses — um das hier vorwegzunehmen — bildete ein Doppelreferat von Köhling (Düsseldorf) und Fräulein Behm (Berlin) über die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeiterinnen, eine Frage, der sich die Christlichen lange verschlossen haben, bis der Zwang der Verhältnisse sie auch auf dieses Gebiet zwang. Es sei noch erwähnt, daß eine Resolution angenommen wurde, die den Reichstag auffordert, ein einheitliches Reichsvereinsgesetz zu schaffen.

Die Höhe der Breslauer Verhandlungen bildete der am zweiten Tage gegebene Vortrag des Reichstagsabgeordneten Giesberts über „Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben“ — sozusagen eine programmatische Rundgebung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Giesberts verwandte viel Mühe darauf, die Notwendigkeit der christlichen Sonderorganisationen nachzuweisen. Nach seiner Darstellung ist diese Bewegung hervorgegangen aus dem Verlangen der christlichen Arbeiter nach einer Organisation, in der sie zum Unterschied von den „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ in der Lage waren, ihre wirtschaftlichen Interessen auf Grund ihrer christlichen und nationalen Gesinnung zu verfolgen. Das ist dummes Zeug. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist nicht aus der christlichen Arbeitererschaft heraus entstanden, sie ist in diese Kreise hineingetragen worden von kirchlich und politisch interessierter Seite; von den geistlichen und weltlichen Machern der Zentrumspolitik, die ihr Gefolge vor dem Anheimgang an die klassenbewußte Arbeiterbewegung sichern wollten. Wenn wirklich die Gründung der christlichen Gewerkschaften dem Verlangen der nichtsozialdemokratischen Arbeiter entgegengekommen oder gar aus ihm hervorgegangen wäre, dann würde Herr Giesberts statt auf 200 000 heute auf 2 000 000 Mitglieder blicken können.

Auch den unpolitischen Charakter der christlichen Gewerkschaften versuchte Herr Giesberts nachzuweisen. Nach ihm sind die christlichen Gewerkschaften unpolitisch, weil sie sich auf keine bestimmte Partei verpflichten. Ungefähr so sagt's der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auch; er ist in selber Sinne unpolitisch, wie es die christlichen Gewerkschaften sind, indem er sich auf keine Partei verpflichtet, sondern nur „nationale“ Politik treibt dadurch, daß er die Sozialdemokratie bekämpft. Als ob es nicht

ebensogut Politik wäre, wenn jemand im Interesse einer Anzahl von Parteien eine einzige, oder wenn er im Interesse einer Partei die übrigen bekämpft. Und darüber ließ weder Herr Giesberts noch einer seiner Christenbrüder in Breslau einen Zweifel, daß ihre Haupt Sorge der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der ihr gleichgachteten Gewerkschaftsbewegung gilt — zur höheren Ehre der nationalen und christlichen, oder, um das Kind beim rechten Namen zu nennen: der ultramontanen Weltanschauung.

Im übrigen soll zugestanden werden, daß Herr Giesberts zeitweilig recht kräftige Töne fand — in der richtigen Erwägung, daß das salbungsvoll friedfertige Gerede aus der Frühzeit der christlichen Arbeiterbewegung heute doch nicht mehr angebracht sein würde. Dazu haben die christlichen Arbeiter in der Berührung mit der allgemeinen Arbeiterbewegung doch schon zu viel Klassenbewußtsein eingefogen, haben sie allem guten Willen zum Trost doch schon zu viel Erfahrungen über die wahre Gesinnung der herrschenden Klasse gemacht, um an den Tönen der Milde und Verführbarkeit noch Geschmack zu finden. Mit den Scharfmachern rechnete Giesberts gründlich ab; er bemerkte, daß weder der Arbeitgeber, noch die Gesellschaft, noch der Staat ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse erfüllt hätten, und niemandem würde es eingefallen sein, Sozialpolitik zu treiben, wenn nicht die Arbeiter mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ihre Unzufriedenheit zu erkennen gegeben hätten —, was hoffentlich Herr Giesberts nicht als Verdienst der christlichen Gewerkschaften ansieht, denn was wir an Arbeiterchutz und Arbeiterfürsorge haben, stammt aus der Zeit, als es noch keine christliche Gewerkschaftsbewegung, wohl aber eine Sozialdemokratie gab, die bereits mehrere Jahrzehnte harten Kampfes hinter sich hatte.

Und wie den Scharfmachern hinterm Schlot, so sagte Herr Giesberts auch den Scharfmachern hinterm Misthaufen ein derbes Wort. Er wies hin auf das arbeiterfeindliche Verhalten der Agrarier im preussischen Vogeordnetenhaus und meinte: „Es muß endlich einmal gründlich mit dem Gedanken aufgeräumt werden, daß man in dem Arbeiter nur den armen dummen Teufel sieht, den man über's Ohr haut, und der erst an die Reihe kommt, wenn die hohen und höchsten Herrschaften befriedigt sind. Um nur eines herauszugreifen, wenn nicht bald die Landarbeiterfrage gelöst wird, und zwar unter Mitwirkung der christlichen Gewerkschaften, so werden wir daselbst erleben, was wir früher auf industriellem Gebiet erlebt haben: daß die Landarbeiter auf sozialdemokratischer Grundlage organisiert werden.“

Die zentrumsagrarische Presse regt sich über die Ankündigung, daß nun auch die Landarbeiter organisiert werden sollen, gewaltig auf; die „Rheinische Volksstimme“ ruft Herrn Giesberts ein energisches „Gände weg!“ zu. Die Zentrumsbauern mögen sich beruhigen. Auch wenn Herr Giesberts im Reichstag und Herr Brust im Landtag noch einige Kollegen als „Arbeitervertreter“ erhält, in der agrarisch-kapitalistischen Zentrumsgesellschaft haben sie doch nichts zu sagen. Und außerdem hat es Herr Giesberts, wie er voriges Jahr im Wahlkampf um sein Essener Mandat beruhigend verkündete, mit der Organisation der Landarbeiter nicht so eilig, und wenn er dereinst dazu kommt, so wird er sie, wie er das ebenfalls in Essen verkündete, sammeln in Fachabteilungen innerhalb der katholischen Arbeitervereine, also in jenen Organisationen, die den Agrariern auf keinen Fall gefährlich werden.

In einem Teil der Berichte über den christlichen Gewerkschaftskongreß war gemeldet worden, daß Giesberts die Gründung einer besonderen christlich-nationalen Arbeiterpartei empfohlen habe. Herr Giesberts, diesen wackeren unentwegten Zentrumsmann kennt, der war von vornherein überzeugt, daß hier ein Zentrum vorlag. In der Tat hat denn Giesberts auch gerade das Gegenteil gesagt; er hat von solchen Plänen entschieden abgeraten. Die christlichen Gewerkschaften sollen sich außerhalb ihrer Organisation politisch betätigen dadurch, daß sie als Angehörige der bürgerlichen Parteien in diesen den Einfluß der Arbeiterklasse zu stärken und Zugang zu den parlamentarischen Vertretungen zu gewinnen suchen. Dieser Rat kommt auf nichts weiter heraus als auf eine Förderung jener reaktionären arbeiterfeindlichen Politik, die durch den Zolltarif, das Schulgesetz und ähnliche Maßnahmen einerseits und durch völlige Unfruchtbarkeit auf sozialpolitischem Gebiet andererseits gekennzeichnet ist.

Die christlichen Gewerkschaften, daran ändert die Ruhmrederei in Breslau, ändert auch ein zeitweiliger Aufschwung nichts, gehen an ihrem inneren Widerspruch zugrunde; an ihnen rächt sich die Sünde wider den Geist der Solidarität, die Vergewaltigung des Organisationsgedankens, deren sie sich schuldig machen. Und wenn daran nicht, so scheitern sie an der Unmöglichkeit, im zwanzigsten Jahrhundert die Arbeitermassen dadurch zu gewinnen, daß man in der Gewerkschaft moderne Arbeiterbewegung spielt und in der Politik das reaktionäre System der bürgerlichen Klassenherrschaft stützt. Ein solches Vorhaben ist zu unsinnig, als daß es auf die Dauer und in größerem Umfang Erfolg haben könnte.

Aus den Jahresberichten unserer Arbeitersekretariate für 1905.

II.

gh. Über das Verhältnis der Ärzte zu der Unfallversicherung bringt der Leipziger Bericht die folgenden Darlegungen, die zum Teil auch für die anderen Zweige der Arbeiterversicherung zutreffend sind: Entsprechend der hohen

Bedeutung, welche die Mitarbeit der Ärzte für die Durchführung der Unfallversicherungsgesetze erlangt hat, sollte man billigerweise verlangen können, daß sich jeder Arzt soviel Kenntnisse von den einschlägigen Gesetzesbestimmungen in sozialer und medizinischer Hinsicht angeeignet habe, um die Unfallverletzten, die sich vertrauensvoll in seine Behandlung begeben, später in der Erlangung ihrer Rechte wirkungsvoll unterstützen zu können. Wäre das immer der Fall, dann reichten die Bestimmungen des § 69 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vollkommen aus, um die Verletzten gegen die willkürlichen Rentenfeststellungen der Berufsgenossenschaften zu schützen. Denn dieser Paragraph bestimmt in seinem dritten Absatz: „Soll auf Grund eines ärztlichen Gutachtens die Bewilligung einer Entschädigung abgelehnt oder nur eine Teilrente festgestellt werden, so ist vorher der behandelnde Arzt zu hören. Steht dieser zu der Berufsgenossenschaft in einem Vertragsverhältnisse, so ist auf Anfrage in anderer Art zu hören.“ Dem behandelnden Arzte fällt also eine doppelte Aufgabe zu. Er hat einmal die Pflicht, dem Unfallkranken mit allen Mitteln seiner Kunst zu helfen und dafür zu sorgen, daß der Verletzte möglichst seine Erwerbsfähigkeit wieder erhält. Außerdem aber soll der Arzt über den Verletzten ein sachverständiges Gutachten abgeben, in dem er über die Folgen der Verletzung in körperlicher und seelischer Hinsicht Auskunft erteilt und sich über den Grad der verbliebenen Arbeitsfähigkeit äußert. Die Art und Weise, wie die behandelnden Ärzte den letzten Teil ihrer Pflichten erfüllen, gibt oft zu schweren Klagen Anlaß. Das von dem behandelnden Arzt ausgestellte Gutachten ist in vielen Fällen sowohl in der Schilderung des Befunds der Untersuchung als auch in der Abschätzung der Wirkung der vorhandenen Unfallfolgen auf die Erwerbsfähigkeit des Verletzten so mangelhaft, daß es weder von der Berufsgenossenschaft noch von den Streitinstanzen ernst genommen wird. Die Berufsgenossenschaft erhält dadurch freie Bahn für das Gutachten ihres Vertrauensarztes, das dann bei der Rentenfeststellung die ausschlaggebende Rolle spielt.

Welche Folgen diese Zustände für die verunglückten Arbeiter haben können, sei an einem Falle, den der Solinger Bericht mitteilt, gezeigt. Ein Arbeiter hatte sich nach dem Gutachten seines behandelnden Arztes durch einen Betriebsunfall ein Lungenleiden zugezogen, so daß er erwerbsunfähig geworden war. Der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft, der Oberarzt des Krankenhauses in Solingen, Geheimrat Straatmann, dagegen kam zu dem Schluß, daß der Arbeiter gesund sei. Darauf erklärte der behandelnde Arzt: „Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Geheimrats an, und nehme, was ich bisher über die Krankheit gesagt und geschrieben habe, zurück.“ Die Berufsgenossenschaft lehnte den Rentenanspruch des Arbeiters ab und das Schiedsgericht gab der Berufsgenossenschaft recht. Der Arbeiter rief die Entscheidung des Reichsversicherungsamts an und brachte das Zeugnis eines dritten Arztes bei, nach welchem er zweifellos lungenkrank ist. Ob aber das Leiden — so heißt es in dem dritten Gutachten weiter — die Folge des Unfalls sei, könne nur der Arzt feststellen, der den Kranken nach dem Unfälle behandelt habe. In demselben Sinne sprach sich auch ein vierter Arzt aus. Trotzdem wies das Reichsversicherungsamt den Arbeiter mit seinem Rentenanspruch ab, weil nach dem Staatsmannschen Gutachten, dem sich der behandelnde Arzt ja angeschlossen habe, ein Vorhandensein von Unfallfolgen zur Zeit, als die Klage anhängig gemacht wurde, nicht anzunehmen sei. Wenn, so fügte das Reichsversicherungsamt hinzu, der Arbeiter glaube, jetzt an Unfallfolgen zu leiden, so stehe es ihm ja frei, erneute Ansprüche geltend zu machen. Ein schöner Trost! Daß der Arbeiter jetzt lungenkrank ist, darüber besteht kein Zweifel. Diese Gewißheit aber sichert dem Arbeiter die Rente noch nicht. Es muß vielmehr auch nachgewiesen werden, daß das jetzige Leiden die Folge des Unfalls ist. Hierüber kann in erster Linie der behandelnde Arzt Auskunft geben: derselbe Arzt, der seine Heilung plötzlich nach der „Ansicht des Herrn Geheimrats“ vollständig geändert hat!

Die Arbeiterssekretariate teilen aber auch eine ganze Reihe solcher Fälle mit, in denen der Beweis erbracht werden konnte, daß den Arbeitern durch das Gutachten eines Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft bitteres Unrecht geschehen ist. Wir wollen einen solchen Fall aus dem Januar Bericht anführen: Ein jetzt 75 Jahre alter Arbeiter bezieht wegen einer am 18. April 1895 erlittenen Verletzung des rechten Daumens seit dem 14. Juli 1895 von der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft eine Unfallrente von 10 Prozent der Vollrente. Die von dem Arbeiter feinerzeit eingelegte Berufung wegen der zu niedrig festgesetzten Rente wurde von dem zuständigen Schiedsgericht verworfen. Im Jahre 1904 stellte der Arbeiter den Antrag auf Erhöhung seiner Unfallrente, da ihm die Haut an der Narbe des Daumens „kreuz und quer aufgeplatzt“ sei und die Nerven am Arme aufgeschwollen seien. Als aber zirka 5 Wochen später der Arbeiter vom Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft, dem Kreisarzt Dr. Wichner in Hanau, untersucht wurde, war die Narbe „schon zugeheilt“. Der Arbeiter versicherte, daß die Besserung inzwischen eingetreten sei, die Haut an der Narbe aber öfters aufplatzt, und sein Zustand dann genau so sei, wie er ihn in der Eingabe an die Berufsgenossenschaft geschildert habe. Der Arzt glaubte dem Arbeiter nicht, und letzterer wurde schließlich vom Schiedsgericht nicht nur mit seinem Antrag abgewiesen, sondern es wurden ihm auch die Kosten der ärztlichen Untersuchung in Höhe von 8 Mk. und die Kosten des Verhandlungstermins in Höhe von 1 Mk. auferlegt, weil diese Kosten von dem Arbeiter durch „ein auf Forderung berechnetes Verhalten“ veranlaßt worden sind. Der Arbeiter hatte jedoch nicht die Unwahrheit gesagt. Vier Monate später war die Haut an der Narbe wieder aufgeplatzt. Der Arbeiter mußte sich in die Behandlung seines Kassenarztes begeben, der ihm vier Wochen lang jede Arbeit verbot. Der behandelnde Arzt bescheinigte ihm dies und fügte hinzu, daß die jetzige Wunde als Folge jenes Betriebsunfalls anzusehen sei. Auf Grund dieser Bescheinigung erzielte der Arbeiter die Berufsgenossenschaft, ihm eine höhere Rente zu bewilligen. Die Berufsgenossenschaft beauftragte ihren Vertrauensarzt — denselben, der im Jahre vorher die Abweisung des Arbeiters veranlaßt hatte — ein neues Gutachten über den Zustand des Arbeiters abzugeben. Als sich der Arbeiter bei dem Arzte behufs Untersuchung meldete, kam es zwischen beiden zu einem Wortwechsel, der damit endete, daß der Arzt dem

Arbeiter die Tür wies. Darauf lehnte das Schiedsgericht den Antrag des Arbeiters auf Erhöhung der Rente ab, weil sich der Arbeiter dem Vertrauensarzt gegenüber so unpassend benommen habe, daß eine gründliche Untersuchung nicht stattfinden konnte. Der Arbeiter legte hiergegen Rekurs ein und bestritt entschieden, daß er sich bei dem Vertrauensarzt unpassend benommen habe. Im Gegenteil sei er von dem Kreisarzt unpassend behandelt worden, als ob es ein Unrecht wäre, daß er ihn wieder belästige. Als er dem Arzte erklärte, daß er sich ja nicht aus eigenem Willen, sondern infolge Vorschrift der Berufsgenossenschaft zur Untersuchung gestellt habe, sei ihm von dem Herrn die Tür gewiesen worden. Er könne doch aber sein Recht unmöglich dadurch verlieren, daß er vom Arzte so behandelt werde. Er bitte daher dringend, daß, falls das Gutachten des behandelnden Arztes nicht genügen sollte, ein Gutachten von einem dritten Arzte eingeholt werde. Das Reichsversicherungsamt ging aber darauf gar nicht ein. Es wies den Arbeiter ab, da zur Abänderung der Rente vor Ablauf eines Jahres nach der letzten Feststellung der Entschädigung die Berufsgenossenschaft ihre ausdrückliche Zustimmung geben müsse, und dies nicht geschehen sei.

Schließlich sei noch eine Stelle aus einem im Magdeburger Bericht abgedruckten Urteil des zweiten Zivilsenats des preussischen Oberlandesgerichtes abgedruckt, durch welches die Eisenbahndirektion Magdeburg zur Zahlung einer Unfallrente verurteilt worden ist: „Der Professor Dr. Unverricht hat die Erwerbsunfähigkeit des Beklagten und eine Erkrankung des Herzens sowie den Kausalzusammenhang eines solchen Leidens mit dem vom Beklagten erlittenen Unfall in Rede gestellt. . . Das Gutachten des Professors Dr. Unverricht scheidet aber aus. Denn dem erkennenden Senat ist aus einer großen Zahl von Prozessen bekannt, daß Professor Dr. Unverricht denjenigen, die auf Grund eines von ihnen erlittenen Unfalls eine Entschädigung verlangen, ohne eine ausreichende Grundlage mit dem Verdachte der Simulation entgegnet. Aus diesem gegen seine Unbefangenheit vorliegenden Grunde entbehren seine Gutachten der Zuverlässigkeit, welche die erste und unerläßliche Voraussetzung ihrer Beweiskraft bilden. Das trifft im gegebenen Falle besonders zu. Er unterstellt, daß der Beklagte einen Gasthof selbstständig bewirtschaftet. Das Gegenteil ist durch die Beweisaufnahme dargetan. Er geht davon aus, daß der Beklagte dem Radsport huldigt, und er ignoriert (beachtet nicht), daß der darüber gehörte Zeuge . . . bekundet, daß er in Gesellschaft des Beklagten immer langsam gefahren und es diesem trotzdem schlecht bekomme. Die sämtlichen, in ihrer Glaubwürdigkeit einwandfreien Laien bezeugen, daß der Beklagte an Atemnot gelitten. Besonders fällt das Zeugnis des Pastors . . . ins Gewicht, der den Beklagten seit fünf Jahren kennt und dem er durch sein elendes Aussehen aufgefallen ist. Darüber setzt sich Professor Dr. Unverricht mit der Bemerkung hinweg, daß das wertlose Beobachtungen von Laien wären. Ob aber jemand an Atemnot leidet, zu dieser Wahrnehmung bedarf es keiner medizinischen Vorbildung.“ So wörtlich das Oberlandesgericht.

Solche Erfahrungen lassen es ganz begreiflich erscheinen, daß die arbeitereigentliche Praxis so mancher Berufsgenossenschaft geradezu unerträgliche Missetände gezeitigt hat. Auch die bürokratische Verwaltung der Invalidenversicherungsanstalten zeigt sich in einem immer schlechteren Lichte. Gering und allein die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen ist geeignet, allmählich bessere Verhältnisse zu schaffen. Deshalb haben die Arbeiter guten Grund, ihr Selbstverwaltungsrecht mit allen Mitteln zu verteidigen.

Soziales.

Sozialdemokraten in den Krankenkassenvorständen.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen ist den Scharfmachern ein Dorn im Auge. In gewissen Kreisen wird mit Eifer daran gearbeitet, die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nach der Richtung herbeizuführen, daß den Arbeitern jede Mitwirkung bei der Verwaltung der von ihnen aufgebracht Gelder genommen und diese den Unternehmern allenfalls noch in Verbindung mit der staatlichen Bureaucratie übertragen wird. Diese Bestrebungen erfreuen sich der wohlwollenden Unterstützung der Regierungsorgane, und schon seit Jahren geht man mit dem Plane um, in der Verwaltung der Ortskrankenkassen eine Änderung eintreten zu lassen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist die Parole, unter welcher gegen die Selbstverwaltung der Kassen gehetzt wird. Mit steigendem Mißbehagen sieht man das Interesse der Arbeiterschaft an ihren Kasseneinrichtungen wachsen, und mit Gewalt verschließt man seine Augen gegen den wohlthätigen Einfluß, den sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter in der Leitung verschiedener Kassen ausgeübt haben, nachdem es ihnen gelungen war, dort festen Fuß zu fassen und mit der Lotterwirtschaft sogenannter Patrioten aufzuräumen. Die Sozialdemokratie steht der bürgerlichen Gesellschaft feindlich gegenüber, folglich müssen ihre Anhänger in jeder Weise bekämpft werden; dieser Grundsatz zeugt zwar nicht von hervorragender Weisheit, das ist aber kein Hindernis selbst für die höchsten Reichsbeamten, sich zu ihm zu bekennen. Hat doch sogar der Reichskanzler in einer am 2. Juni 1905 im preussischen Interparlament gehaltenen Rede erklärt: „Ich erkenne an, daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen. Ich erkenne weiter an, daß dies zum großen Nachteil der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne an, daß sich hier Zustände entwickelt haben, die der Remedur dringend bedürfen.“

Diese Kanzlerrede wurde von einer Reihe von Arbeiterfeinden, als deren Führer sich der „freimüthige“ Abgeordnete Müggan aufgetan hat, als Konzept benutzt, um im Reichstag Angriffe gegen die Krankenkassen zu richten, welche sich mehr durch Gehässigkeit als durch Wahrheit auszeichneten. Um zu untersuchen, inwieweit die Vorwürfe berechtigt sind, hat der Vorstand der Ortskrankenkassen in Dresden als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich eine Umfrage gehalten, deren Resultat sie dem Reichstag in Form einer Eingabe zugehen ließ. Die Umfrage richtete sich an die Arbeitgebervertreter in den Vorständen der deutschen Ortskrankenkassen, und zwar wurden an 1277 Kassen Fragebogen verschickt, von welchen 424 wieder eingegangen sind. Die 424 Kassen, welche berichtet haben, zählen 170888 Mitglieder.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage sind folgende: Die Frage, ob sich Sozialdemokraten im Vorstand befinden, wurde bejaht von 166 Kassen, verneint von 181 Kassen; die übrigen erklärten sich unbestimmt oder ließen die Frage unbeantwortet. In 2 Kassen sind sämtliche Vorstandsmitglieder Sozialdemokraten, in 81 Kassen sind alle Arbeitnehmer, in 69 Kassen die Hälfte der Arbeitnehmer und mehr und in 24 Kassen sind weniger als die Hälfte der Arbeitnehmer Sozialdemokraten. In 7 Kassen ist die Zahl der sozialdemokratischen Vorstandsmitglieder größer als die der Arbeitnehmer. Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind bei 25 Kassen vorgekommen, bei 393, also 92,69 Prozent der berichtenden Kassen sind keine Differenzen vorgekommen.

Die Fragen nach sozialdemokratischen Kassenbeamten haben 413 Kassen beantwortet, von welchen 86 mitteilten, daß sich unter ihren Beamten Sozialdemokraten befinden. Diese 413 Kassen beschäftigen zusammen 1524 Beamte, von welchen 201 als Sozialdemokraten bekannt sind. Bevorzugung von Sozialdemokraten bei Beamtenanstellungen wird von 393, also 92,69 Prozent der berichtenden Kassen verneint, von 17 Kassen (gleich 4 Prozent) bejaht, während 2 Kassen diese Fragen unbeantwortet ließen und 2 Kassen erklärten, daß sich die angestellten sozialdemokratischen Beamten bewährt haben. Die Bevorzugung sozialdemokratischer Ärzte bei der Anstellung oder Zulassung wird von allen Kassen verneint. Ebenso negativ ist das Ergebnis der Frage nach der Dienstarmachung von Kassensmitteln für Parteizwecke; nur 5 Kassen bejahten diese Frage insoweit, als es sich um die Erteilung von Druckaufträgen an sozialdemokratische Firmen handelte.

Die letzte Frage richtete sich nach den Wahrnehmungen, welche die Arbeitgeber in bezug auf sozialdemokratische Beeinflussung der Kassengeschäfte gemacht haben. Von den Arbeitgebern in insgesamt 41 Kassen, die über irgend welche Differenzen berichteten, wurde zwölfmal die Erhaltung der Selbstverwaltung und nur dreimal Vereinigung der Versicherungsanstalten zu staatlichen Institutionen, beziehungsweise unter staatlicher Verwaltung gewünscht. 14 Kassen empfahlen die Verteilung der Vorstandsämter in gleicher Zahl auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 7 Kassen klagen über Bevorzugung von Parteigenossen, 2 Kassen über Beeinflussung durch die Gewerkschaften, 2 Kassen erklärten, daß von den Sozialdemokraten bisher vergeblich Versuche gemacht worden seien, auf die Kasse Einfluß zu gewinnen, und eine Kasse wünschte, daß Vorkehrungen getroffen werden, damit die Kassenverwaltung nicht ganz in sozialdemokratische Hände gerät.

Von den übrigen 388 Kassen, in denen über keinerlei Differenzen berichtet wurde, hat der größte Teil überhaupt keine Wahrnehmungen in bezug auf sozialdemokratische Beeinflussung der Kassengeschäfte gemacht, auch hier treten 12 Kassen ausdrücklich für die Selbstverwaltung ein, 88 Kassen heben hervor, daß politischer Einfluß in der Kassenverwaltung nie wahrzunehmen gewesen sei, 56 Kassen erklären, daß das Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stets als ein harmonisches zu bezeichnen sei, und 1 Kasse (Kathenow) bezeichnet „die im Reichstag in dieser Beziehung gemachten Behauptungen für Kathenow als haltlose Verdächtigungen“. Wiederholt wird betont, daß das Verhältnis der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern das denkbar beste ist, die Arbeiten selbstlos, objektiv und parteilos erledigt werden, daß beide Teile sich immer gut verständigt haben, obwohl unter den Arbeitgebern keine Sozialdemokraten sind; daß beide Teile im besten Einvernehmen stehen und vorzüglich zusammenarbeiten, um die große soziale Aufgabe voll und ganz zu erfüllen; daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Vorstandes stets eifrige und verständnisvolle Mitglieder waren, ohne je zu versuchen, ihre Stellung zu den Zwecken ihrer Partei zu missbrauchen; daß kein Versuch gemacht worden ist, die Politik in die Kasse zu tragen usw.

Die Umfrage hat ergeben, was jedem Kenner der Verhältnisse schon vorher klar war, daß all das Gerede von der Dienstarmachung der Krankenkassen zu sozialdemokratischen Zwecken nichts weiter ist, als eine beweislose Behauptung. Das wird aber die Müggan, Becker und Konsorten und die sonstigen offiziellen und inoffiziellen Agenten des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie nicht hindern, auch weiterhin ihren Unrat gegen die Arbeitervertreter in den Krankenkassenvorständen zu schleudern, und ebensowenig ist zu erwarten, daß der Reichskanzler sein Urteil in dieser Angelegenheit einer Korrektur unterziehen wird. Nach wie vor wird das Streben der maßgebenden Kreise dahin gehen, den Krankenkassen ihre Selbstverwaltung zu nehmen, und die Arbeiterschaft wird auf der Hut sein müssen, um ihre Rechte zu wahren.

Allmähliche Qualifikation sozialdemokratischer Gewerbedemokratischer. In Mühlheim a. Rh. sind die sozialdemokratischen Gewerbedemokratischen von den Brüdern in Christo der Parteilichkeit bezichtigt worden. Die katholische „Mühlheimer Zeitung“ erhält nun in der Sache eine amtliche Zuschrift, worin es heißt: „Es muß denn doch auch weiter hervorgehoben werden, daß nach langjährigen Erfahrungen in Mühlheim auch die nicht christlichen Weisiger unter Eid und Pflicht ihre Stimme nur nach bestem Wissen und Gewissen abgegeben haben und ihr politischer Standpunkt bei der Rechtprechung gar nicht bemerkbar gewesen ist.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Von den in Nr. 28 ausgeschriebenen Gauvorsitzern sind bisher durch Wahl des Vorstandes und Ausschusses übertragen worden derjenige im

- Gau Berlin dem Kollegen Georg Exner, Tischler in Berlin;
- Gau Chemnitz dem Kollegen Wilhelm Gerike, Tischler in Leipzig;
- Gau Frankfurt dem Kollegen Wilhelm Weidner, Glaser in Frankfurt a. M.;
- Gau Stuttgart dem Kollegen Hans Christianen, Tischler in Freiburg i. Br.

Ferner ist als Hilfsarbeiter im Verbandsbureau der Kollege Heinrich Schacht, Pantfennmacher in Naumburg, vom Vorstand und Ausschuss gewählt worden.

Die übrigen Wahlen sind zurzeit noch nicht erledigt und erfolgt die Bekanntgabe des Resultats derselben später.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalarbeiters erteilt, und zwar ab 1. August: Kaufbeuren 5 Pf.; ab 15. August: Bittau 5 Pf.

Mit den Bestellungen auf das Protokoll vom Verbandstag in Köln sind noch sehr viele Zahlstellen im Rückstand. Wir ersuchen dringend, das Verkaumte baldigst nachzuholen.

Zur Unterstützung der ausgesperrten Lithographen und Steindrucker sowie der Buchbinder gingen ferner folgende Beträge ein: Ellenburg 50 Mt., Hamborn 30, Landau 5, Ludwigsburg 10, Neu-Isenburg 50, Ohligs 20, Pforzheim 15, Rospau 10, Schwenningen 30, Tegernsee 3, Wegefac 25, zusammen 248 Mt. Bisher quittiert 2886,05 Mt. Summa 2584,05 Mt.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 14256 Otto Purps, Tischler, geb. 5. 3. 80 zu Neu-Debus.
- 89962 Martin Gildner, Tischler, geb. 3. 11. 81 zu Deuben.
- 188479 Alois Lbn, Maschinarb., geb. 11. 6. 70 zu Obersdorf.
- 168780 Karl Wick, Stockmacher, geb. 10. 7. 74 zu Erlangen.
- 178084 Bernhard Franke, Klavierarbeiter, geb. 22. 7. 52 zu Braunsdorf.
- 178144 Osk. Sommer, Klavierarb., geb. 18. 4. 60 zu Dresden.
- 218174 Lorenz Rhode, Tischler, geb. 29. 10. 84 zu Eröhe.
- 291679 Waldemar Welfemann, Tischler, geb. 19. 12. 87 zu Seitendorf.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Agitation im Gau Stuttgart.

Im Auftrag des Gauvorstandes besuchte ich vom 20. bis 29. Juli unsere Zahlstellen im Elsaß. In St. Ludwig war die Versammlung so gut vorbereitet, daß außer dem Bevollmächtigten, der außerhalb im Bau schaffte, niemand etwas von deren Stattfinden wußte. Besser war es in Mülhausen, wo sich 70 Kollegen zur Versammlung eingefunden hatten, in der unter anderem bebaute wurde, daß der erhöhte Beitrag nicht ganz dem Kampffonds zuzuführen könne. Die Zahlstelle hat im 3. Quartal — unter dem erhöhten Beitrag — schon eine erhebliche Anzahl Neuzugänge zu verzeichnen. Geweiler brachte nur 20 Kollegen auf, woran wohl die „Mitte“ sehr zu wünschen, die am gleichen Tage stattfand.

In Colmar hatten die Kollegen nach mehrwöchigem Streit und Aussperrung am Morgen des Versammlungstags die Arbeit wieder aufgenommen. In Anbetracht dessen war die Stimmung lebhaft, den Besuch — 57 Personen — hatte ich besser erwartet. In Martirch und Oberenheim läßt die Organisation viel zu wünschen übrig. In letzterem Orte waren nur 9 Kollegen erschienen, trotzdem erst in der vorhergehenden Nacht ein Kollege sich in der 18. Arbeitsstunde den Daumen abgeschnitten hatte, was wohl der beste Beweis gegen die lange Arbeitszeit war. Hier kann nur planmäßige und andauernde Kleinarbeit Bresse schlagen in die Gleichgültigkeit und Unzufriedenheit der Arbeiter.

Etwas lebhafter wurde der Besuch in der Straßburger Gegend. Die Zahlstelle Schiltigheim brachte zwar nur 22 Kollegen zur Versammlung, dagegen zeigten die Kollegen in Hagenaui, die nach Straßburg zählten, daß man nicht nur vollständig, sondern auch pünktlich zur Versammlung kommen kann. Galten die Kollegen hier immer so zusammen, so werden auch sie bald mit der noch 11 1/2 stündigen Arbeitszeit aufzukommen können. In Straßburg-Neudorf erschienen 40 Kollegen, in Neuhof am Sonntag nachmittag, wohl mit Infolge der drückenden Hitze, außer 6 Straßburger Kollegen 9 Einheimische. In Straßburg-Stadt waren am Sonntag morgen 107 Kollegen versammelt, die schließlich ihren bedrängten Herzen Luft machten, weil der zweite Gauvorsitzer statt nach Straßburg zu kommen, seinen Sitz in Stuttgart erhalten hatte. Schließlich verabschiedeten sie, dem Vorstand zum Trost recht viele Mittelglieder anzumerken und dadurch ihre Zahlstelle zu stärken. Da, solchen „Trost“ läßt dieser sich schließlich gefallen.

Im großen und ganzen macht auch im Elsaß die Organisation gute Fortschritte, ist doch unsere Mitgliederzahl von 388 Ende 1902 auf zirka 1200 im 2. Quartal 1906 gestiegen. Hierdurch war es doch möglich, die Arbeitszeit, die 1902 noch in allen Zahlstellen des Elsaß 68 bis 69 Wochenstunden betrug, allgemein mit Ausnahme einer einzigen dieser Zahlstellen auf 80 Stunden bei gleichem oder höherem Lohn herabzusetzen. Auch die letzten Reste dieser überlangen Arbeitszeit werden fallen, wenn die Kollegen dieser Orte sich der Kraft bewußt werden, die im Zusammenhange liegt.

Korrespondenzen.

Altenburg. Von einem Kollegen Willy Jesse von hier erhalten wir ein längeres Eingekannt, das sich als Entgegnung auf den in Nr. 29 veröffentlichten Agitationsbericht des Kollegen Henke-Berlin gibt. Die am 22. Juni stattgefundene Sektionsversammlung der Tischler habe beschlossen, in der am 25. Juni tagenden Agitationsversammlung möge an erster Stelle über „die fernere Ausgestaltung unseres örtlichen UnterstützungsweSENS“ verhandelt werden. Dieser Antrag sei unter Bravorufen höchst feltener Versammlungsbesucher abgelehnt worden, worauf 7 Kollegen in anständiger Weise den Saal verlassen hätten. Nachdem Kollege Henke seinen Vortrag beendet hatte, traten wir wieder ein und nahmen unsere Sitze ein, jedoch nicht in der von Kollegen Henke geschilderten Weise: die Saalkür wurde ruhig aufgemacht, und wenn ein Kollege sich durch starkes Aufstehen auffällig machte, geschah das nicht unter unserem Einfluß, mithin sind wir nicht verantwortlich. Der Kollege bestreitet, daß es dem Altenburger Bevollmächtigten mit seiner Taktik nicht gelingen werde, die von Henke gewünschte Schulung und Disziplinierung der Kollegen durchzuführen. Es sei Kollegen, die nicht nach der Pfeife des Vorsitzenden tanzten, das Wort entzogen worden. „Als ich ausführte, daß wir in einer Versammlungsversammlung, eine eigene Meinung zu äußern und nicht alles gut zu heißen hätten, was man innerlich für schlecht hielt, daß man sich mit anderen Worten nicht als Stimmvieh gebrauchen lassen dürfe, da brach ein Entrüstungsturm los, der leider zu klar bewies, daß die „Pfu!“ und „Bravo!“ rufenden Kollegen sonst nicht in die Versammlungen kommen und über diesen Fall deshalb nicht aufgeklärt waren, deshalb blüht dem Vorstand zustimmten.“ Weiter rügt der Einsender, daß die Versammlungen nur vierwöchentlich stattfinden und die Redefreiheit in denselben „in der unverschämtesten Weise“ beschränkt werde, der Anrede darüber mache sich mehr und mehr bemerkbar. Zum Schluß appelliert der Einsender an die Mitglieder, sich nicht von Bureaunkräften unterdrücken zu lassen. „Fort mit allen aus unseren Reihen, die gegen die Wahrheit sind, fort mit allen, die Mitgliederrechte mit Füßen treten und sich unsere Führer nennen.“ Das Ganze klingt in einen Aufruf an die Mitglieder aus, alle in der Versammlung zu erscheinen und sich dort auszusprechen.

Uns will scheinen, wie wenn der Kollege schlecht beraten ist. Denn wenn eine Versammlung ihn nur unter großer Entrüstung angeht und seinen Antrag mit großer Majorität abgelehnt hat, so ist das doch nicht gerade ein Anlaß in der Weise, wie oben geschehen, gegen die Altenburger Funktionäre des Verbandes zu Felde zu ziehen, vor allem aber berechtigte dieser Vorgang die 7 Kollegen nicht, demonstrativ den Saal zu verlassen und sich darob jetzt noch aufs hohe Pferd zu setzen.

Bromberg. Wenig Erfreuliches müssen wir aus unserer Zahlstelle berichten. Zwar macht unsere Mitgliederzahl Fortschritte, dieselbe betrug im ersten Quartal 180, und im zweiten Quartal ist eine weitere Steigerung eingetreten, aber das innere Vereinsleben läßt viel zu wünschen übrig. Die Versammlungen werden schlecht besucht und die meisten Mitglieder geben sich nicht die geringste Mühe, die Lokalverwaltung in ihrer Arbeit zu unterstützen. Forcht man nach den Ursachen dieser Erscheinung, dann findet man, daß der leidige Schnaps die Hauptschuld an den Verhältnissen trägt. Es ist unverantwortlich, wie die hiesigen Holzarbeiter dem Schnapsgegnis fröhnen und sich damit körperlich und geistig ruinieren. Unsere Organisation macht es sich zur Aufgabe, die Mitglieder höherer Genüsse fähig zu machen, aber leider haben wir hier in Bromberg noch wenig Erfolg erzielt. Beschämend ist es, daß Kollegen, die sich zuvor den nötigen Mut in der Debatte geholt haben, dann in die Versammlungen kommen, um diese zu führen. Kollegen, das muß anders werden! Es muß jedem Mitglied zum Bewußtsein kommen, daß es verpflichtet ist, durch sein Verhalten die Ehre des Verbandes zu wahren. Der Verband braucht charakterfeste Männer, das sollte jeder von uns beherzigen. Die heutigen Zustände lassen viel zu wünschen übrig, um sie zu bessern, muß aber jeder bei sich anfangen. Die Sozialverwaltung hat den festen Willen, alles zu tun, was im Interesse der Verbandsmitglieder liegt, sie muß aber auf die tätige Mitwirkung aller Kollegen rechnen können. Deshalb, Kollegen, seht euch zusammen, seid einig und tue jeder seine Pflicht, dann wird es auch besser werden.

Deilingen. Die Kollegen unserer Zahlstelle haben in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, sich von dem Wert des Verbandes zu überzeugen. Die meisten hiesigen Mitglieder sind als Modelltischler bei der Braunschweig-Dannoverischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft beschäftigt. In diesem Frühjahr reichten sie der Direktion einige Forderungen ein, und durch die Verhandlungen, welche von einer Kommission der Kollegen mit der Geschäftsleitung geführt wurden, gelang es, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. zu erzielen, in drei Monaten wird noch ein dritter Pfennig zugelegt. Dieser Erfolg ist lediglich dem Verband zu danken, denn hätte die Direktion nicht gemerkt, daß hinter der Forderung unser Verband steht, dann wäre sie schwerlich so nachgiebig gewesen. Ist doch früher oft genug demjenigen, der eine Lohnaufbesserung verlangte, gesagt worden, wenn es nicht paßt, kann gehen. Bis auf zwei Mann sind nun alle Kollegen in unserer Werkstatt im Verband, hoffentlich begreifen auch diese bald, daß es wenig Ehre einbringt, an den Erfolgen teilzunehmen, die andere errungen haben. An unsere Mitglieder geht die Mahnung, fest und treu zum Verband zu halten, stets die Versammlungen zu besuchen und diese so zu gestalten, daß sie wirklich ein Mittel für unsere Fortbildung sind.

Ellenburg. Wenn man den schwachen Besuch der Versammlungen in den Zeitraum des letzten Jahres, sowie überhaupt die schwache Betätigung der Kollegen an der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit betrachtet, so muß man unwillkürlich zu dem Schluß kommen, daß für die hiesigen Holzarbeiter überhaupt nichts mehr zu tun sei. Verfolgt man dagegen den Gang der Versammlungen, so muß man leider konstatieren, daß für Schulung und Aufklärung der Kollegen viel, sehr viel zu tun übrig bleibt, und sie alle Ursache hätten, wieder mehr als bisher an der gemeinsamen Arbeit teilzunehmen, denn es genügt doch nicht, daß man nur seine Beiträge entrichtet und immer einzelne für die Gesamtheit arbeiten läßt; Nein! ein jeder muß suchen

sich zu vervollkommen, damit auch er in der Lage ist, wenn die Verhältnisse an ihn heranreten, seinen Mann zu stellen. Betrachtet man nun die heutigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, so will doch niemand behaupten, daß dieselben glänzend sind, und die Debatten in den verschiedenen Versammlungen haben uns gelehrt, daß wir auf dem Posten sein müssen, denn es ist doch einfach unerhört, wenn zum Beispiel in der Pianofortefabrik von Gebr. Zimmermann die besten unserer dort tätigen Kollegen auf seine Art und Weise gegangen werden, ohne daß die Kollegen irgendwie etwas dagegen tun. Was nützt uns denn eine Organisation, welcher über 80 Prozent der Kollegen angehören, wenn sich die Kollegen um nichts kümmern und alles gehen lassen, wie es eben geht. Nein, Kollegen, eine Organisation ist nicht nur da, damit man seine Beiträge entrichten kann, sondern vor allen Dingen, daß die einzelnen Kollegen vor ungerechter Behandlung und Ausbeutung geschützt sind. Doch dieses kann nur geschehen, wenn alle in Betracht kommenden Kollegen einig sind. Auch in den verschiedenen Tischlerzeilen ist nicht alles, wie es sein soll, und eine gründliche Umfrage über Einhaltung unserer bis nächstes Jahr vereinbarten Arbeitsbedingungen würde zu keinem für uns günstigen Resultat führen. Denn trotzdem wir die 57stündige Arbeitszeit haben, sieht man Kollegen regelmäßig 60 und noch mehr Stunden arbeiten, ohne daß bis jetzt der geringste Versuch seitens der Verwaltung unternommen wäre, diesen Uebelstand aus der Welt zu schaffen. Dasselbe gilt auch für die Bezahlung. Auch hier sollen Verstöße vorkommen. Besser wäre es ja jedenfalls, wenn jeder einzelne Fall gründlich untersucht würde. Aus diesen wenigen Zeilen wird wohl aber jeder die Überzeugung gewonnen haben, daß wir alle Ursache hätten, uns nicht durch persönliche Angelegenheiten zu entfremden, sondern daß wir bestrebt sein müssen, das uns Trennende zu beseitigen. Deshalb möchte ich speziell die älteren Kollegen ersuchen; besucht die Mitgliederversammlungen regelmäßig, klärt die jüngeren Kollegen über ihre wirtschaftliche Lage auf, und ich habe die Überzeugung, daß sich dann mit einer gut vorgebildeten Kollegenschaft Verhältnisse schaffen lassen, welche für die Allgemeinheit von großem Nutzen sind.

O. H. Elberfeld-Barmen. Zwei Jahre ist es her, seitdem sich die Kollegen in der Hornwarenfabrik von Hauser in siebenwöchigem Streik verschiedene Verbesserungen der Affordpreise und die Anerkennung der Organisation erkämpft haben. Seitdem haben sich die Verhältnisse nicht unwesentlich geändert. Mancher Kollege glaubte, daß es nunmehr Zeit sei, auf den Lorbeeren auszuruhen, und Herr Hauser bezeugt nicht Unrecht, die alten Zustände allmählich wieder einzuführen; wenn ihm das noch nicht vollständig gelungen ist, so hat das seinen Grund in dem ständigen Arbeitermangel, unter dem er zu leiden hat. Ein erheblicher Teil der tüchtigsten Arbeiter hat sich nämlich zum Teil selbständig gemacht, zum Teil den Beruf gewechselt. Um die leeren Plätze zu besetzen, hat Herr Hauser sogar durch die „Holzarbeiter-Zeitung“ Drechsler gesucht. Da wir keinen Anlaß hatten, dagegen Einspruch zu erheben, kamen auch etwa ein halbes Duzend Drechsler zugewandert, die sich jedoch bald enttäuscht fühlten. Einige von ihnen wurden, um sich einzuarbeiten, auf mehrere Wochen in Lohn gestellt, während andere sofort Afford erhielten. Infolge der außerordentlichen Spezialisierung der Arbeit ist es den Unerfahrenen fast unmöglich, das Kostgeld zu verdienen; viele Kollegen mußten daher verschiedene Wochen lang mit 10 bis 12 Mt. nach Hause gehen. Wenn Herr Hauser um die dauernde Besetzung seiner Fabrik zu tun ist, dann sollte er sich daran gewöhnen, alle Gesellen während der ersten 4 bis 6 Wochen in Lohn arbeiten zu lassen, dann wird auch der ständige Wechsel nachlassen. Den Kollegen, die willens sind, bei Hauser in Arbeit zu treten, raten wir, sich vorher mit der Lokalverwaltung in Verbindung zu setzen. — Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß der Schreinermeister Grineisen in Barmen, Gasstraße, zwei Kollegen mit 2 bzw. 3 Mt. pro zehnstündigen Arbeitstag abzulohnen versuchte, er mußte erst durch das Gewerbegericht darüber belehrt werden, daß er mindestens 4 Mt. zu zahlen hat. Es wurde beschlossen, über diese Werkstatt die Sperre zu verhängen.

Zahl. Zahlreiche Zustände herrschen in der bekannten Pianofortefabrik von Voigt & Schulze. Bei betreffender Firma ist in der Fabrikordnung die neunstündige Arbeitszeit verzeichnet, in Wirklichkeit müssen zirka acht bis neun Monate im Jahr täglich 14 bis 15 Stunden geschafft werden, ohne jegliche Extravergeltung. Dabei wird stets den Kollegen, welche mit der Regelung der Arbeitszeit nicht einverstanden sind, erklärt: „Wenn's nicht paßt, der kann gehen.“ Kürzlich erweiterte die Firma ihre Anlage und legte Kraftbetrieb an. Dank der vortrefflichen Zeitung und Ausnutzung des Betriebes ging es jedoch gewaltig abwärts. Nachdem das Personal schon seit langer Zeit nur Abschlagszahlungen erhalten hatte und Abhne von 20 bis 100 Mt. rückständig blieben, bekamen die Kollegen am 29. Juli (Zahltag) gar nichts. Auf diese Zumutung läßt bis auf einige das Arbeitsverhältnis. Auf Verdrösten seitens des Prinzipals fragten die Kollegen am folgenden Tage nach ihrem Lohne; da wurde ihnen am Mittwoch von Frau Voigt im Beisein ihres Mannes erklärt: „Sie brauchen überhaupt keinen Lohn mehr zu bezahlen; wenn sich der Arbeiter nicht einmal so viel zurückgelegt hätte (von 10 bis 12 Mt.), daß er eine Woche leben könne, wäre es traurig.“ Nunmehr klagten die Kollegen ihre Forderung ein. Herr Voigt hat noch den Mut, Tischler zu suchen, um auch diese von der Luft leben zu lassen. Kollegen, merkt dieses Eldorado, denn ohne Lohn könnt ihr überall arbeiten. Den Kahlschalen Holzarbeitern rufen wir zu: Wacht auf, schließt euch dem Holzarbeiterverband an, nur dieser kann Verbesserungen herbeiführen; schließt euch zusammen, denn vereinzelt sind wir nichts, geschlossen alles.

Nothheim. Die Mitglieder unseres Verbandes werden von den hiesigen Meistern nicht sehr gern gesehen, und sie benutzen jede Gelegenheit, sich ihrer zu entledigen. Ein Kollege, der einige Wochen krank war, wurde, als er sich wieder zur Arbeit meldete, ohne weiteres entlassen. Derselbe Meister erklärte auch dem Bevollmächtigten unserer Zahlstelle, daß er ihn in seinem Betrieb nicht brauchen könne; einen anderen Verbandskollegen wollte dieser Unternehmer nur behalten, wenn er bei ihm in die Kost geht. Dem in Kost und Logis befindlichen Gesellen zahlt der Meister 9 Mt. Lohn, während der nicht wieder eingestellte

Kollege, welcher fünf Kinder zu ernähren hat, den horrenden Lohn von 18 Mk. bezog. Die auswärtigen Kollegen können daraus sehen, unter welchen Verhältnissen wir leben; es dürfte sich daher empfehlen, daß sie Northheim melden. So- dauerlich ist es, daß die hiesigen Kollegen dem Verband so wenig Interesse entgegenbringen. Wenn sie glauben, daß die Organisation keinen Zweck hätte, dann befinden sie sich sehr im Irrtum. Sobald sie es ernstlich wollen und sich samt und sonders unserem Verband anschließen, dann wird es auch möglich sein, für sie bessere Lohn- und Arbeitsver- hältnisse zu erzielen.

Offenbach a. M. (Modelltischler.) Auf Anregung der Zentralkommission der Modelltischler wurde in der letzten Sektionsversammlung die Errichtung eines Spezialarbeits- nachweises beschlossen. Sämtliche hier zureichende als auch hier anfällige Kollegen sind verpflichtet, vor Annahme einer neuen Stellung sich bei dem Obmann R. Müller, Gustav- Wollf-Strasse 10 III zu befragen; das Umschauen ist verboten. Die Kollegen sind der festen Zuversicht, daß bei genauer Befolgung dieses Beschlusses die Arbeitsverhältnisse wie auch die Löhne bedeutend gehoben werden können. Im weiteren ermahnte der Obmann die Kollegen zu weiterer festen Zu- sammenhalt, denn nur dadurch war es möglich, bei Auf- hebung des zweiten Aussperrungsbeschlusses die Löhne in mehreren Betrieben höher zu drücken. Auch die in neuerer Zeit Platz greifenden Verbesserungen in bezug auf Ventilations- einrichtungen und Werkstatteinrichtung sind das Produkt des einmütigen Zusammengehens der Kollegen. Läßt auch der Gifer der Kollegen in bezug auf den Versammlungsbesuch nicht nach, so können wir hier getrost in die Zukunft sehen und an der Erringung neuer Erfolge arbeiten.

Hecklinghausen. Unsere Mitgliederversammlung am 22. Juli war leider nicht gut besucht. Es wurde beschlossen, vom 1. August ab Reiseunterstützung auszusprechen. Alsdann wurde von der Bildung eines Arbeiterklubs Kenntnis genommen, und erklärten sich die Kollegen mit der Gründung einver- standen. Zu wünschen wäre, daß die Versammlungen künftig besser besucht würden. Die Kollegen sollten ihr Interesse für den Verband durch eine tatkräftige Agitation beweisen, damit unsere Organisation auch hier im schwarzen Finster- land endlich festen Fuß faßt.

Sulzbach a. Murr. Im „Schwarzwälder Boten“ finden wir ein Inserat, durch welches ein gelehrter Dreher (Ver- heirateter bevorzugt) gesucht wird. Bewerber sollen sich unter einer Schiffe postlagernd Sulzbach a. Murr melden. Es dürfte sich empfehlen, diesem Inserat gegenüber einige Vorsicht walten zu lassen, da die Dreher am Ort kaum ge- nügend Beschäftigung haben und somit für Zugang von aus- wärts kein Bedürfnis vorliegt.

Wald, Rheinland. Unter den hiesigen Stockarbeitern macht sich seit einiger Zeit ein reges Interesse für den Ver- band geltend, insoweit es sich auch möglich geworden, in drei größeren Betrieben die 9/10-stündige Arbeitszeit auf fried- lichem Wege durchzubrüden. Ist dieser Erfolg auch kein besonders großer, so zeigt er doch, daß durch ein geschlossenes Vorgehen mit Hilfe unserer Organisation auch hier etwas zu erreichen ist. Möge dies diejenigen Kollegen zum Nach- denken anregen, welche bisher unserer Sache noch fern standen. Wollen wir an eine weitere Befreiung unserer Lage denken, so ist es notwendig, daß auch der letzte Mann sich unserer Organisation anschließt.

Storbekannt.

- Heinrich Schneider, Modellschreiner, geb. 2. Dezember 1886 zu Altrips, gest. 20. Juli ebenda.
- Wilhelm Risch, Maschinensarbeiter, geb. 25. September 1856 zu Raumburg, gest. 18. Juli 1906 zu Leipzig.
- Friedrich Niederau, geb. 23. November 1868 zu Eckamp, gest. 4. Juli 1906 zu Düsseldorf.
- Wilhelm Warnhäger, Pinselmacher, geb. 31. August 1879 zu Nürnberg, gest. 31. Juli 1906 ebenda.
- Heinrich Nowold, Tischler, geb. 21. April 1881 zu Ipwege, gest. 20. Juli 1906 zu Oldenburg.
- Heinrich Kerst, Tischler, geb. 1. Juli 1884 zu Wispenhausen, gest. 28. Juni 1906 zu Cassel.
- Joseph Kaker, Wurstmacher, geb. 28. Dezember 1863 zu Dorfriesa, gest. 20. Juli 1906 zu Solingen.
- Hermann Berger, Stuhlauer, geb. 6. Mai 1864 zu Rittingen- berg, gest. 20. Juni 1906 zu Weithain i. S.
- Hermann Weisse, Riffenmacher, geb. 16. April 1871 zu Mellenbach, gest. 20. Juni 1906 ebenda.
- August Benz, Schneidmüller, geb. 29. November 1862 zu Blumenau, gest. 10. Juli 1906 zu Adlershof.
- Joh. G. Mupperecht, Pinselmacher, geb. 14. Januar 1869, gest. 18. Juli 1906 zu Nürnberg.
- Michael Bentele, Pinselmacher, geb. 6. Juli 1876, gest. 18. Juli 1906 zu Nürnberg.
- Johann Werkhaupt, Schreiner, geb. 21. Dezember 1875, gest. 28. Juni 1906 zu Nürnberg.
- Gustav Zentler, Tischler, geb. 25. November 1867 zu Boblitz, gest. 3. Juli 1906 zu Pöschappel.
- Max Lorenz, Stuhlauer, geb. 25. September 1880 zu Rabenau, gest. 13. Juli 1906 ebenda.

Chre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellen- verwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Alt- kloster (H. Borstelmann), Apolda, Bamberg (Wäh), Braunschweig, Eßthen, Cottbus (Stricker), Ober- stadt bei Darmstadt, Oberswalde, Fulda (Möbel- fabrik Kramer), Greifenhagen (Wälde), Halberstadt, Hof i. V., Lauterberg a. S. (Weiß & Silberband), Stagnitz (Ab. Krauthahn), Marburg, Minden (G. Stebbing), Mühlhausen im Elsaß, Neuahaldens- leben, Oberhausen, Osterode, Plauen (Reidler), Rastede i. Oldenburg (Böttcher), Stolp i. Pom., Stutt-

- gart (Hofacker), Thorn, Wernigerode, Wolgast, Schaffhausen, Lausanne, Zürich;
- Tischlern und Klavierarbeitern nach Berlin (Bell & Cie.), Schwerin (Hospianofortefabrik Gebr. Berzina);
- Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfs- arbeitern nach Bayreuth (F. A. Cyser), Fried- land b. Breslau (Niederlich), Lübeck, Schmölln, (Trommlers Nachf.), Thingen;
- Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfs- arbeitern nach Geringswalde, Gartha, Leisnig, Pirna, Schweitzerzhain, Waldheim;
- Parkettbodenlegern nach Lübeck;
- Sägern und Hilfsarbeitern nach Rempten i. Bayern;
- Drechslern nach Bockenem (Kutsche & Co.), Rumburg i. Böhmen (Schubert);
- Hartgummidrechslern nach Eöln-Mülheim;
- Kammachern nach Kreuznach (Woheld & Levita, Gebr. Scheben);
- Korbmachern nach Schaffhausen (Sendler), Malmbö in Schweden;
- Wurstmachern nach Berlin (Janningsnachweis), Eöln, Mainz (Genochsberg & Cie.), Thingen, Zwickau (Veichsenring), Zug-Schweiz;
- Stellmachern nach Buztehude-Mittloster, Halle in Westfalen (Doppeide);
- Korkarbeitern nach Hamburg (Sörensen).

In Apolda geht die Lohnbewegung langsam ihrem sieg- reichen Ende entgegen. Leider aber finden sich trotz aller Warnung immer einzelne Kollegen, die zu den alten Be- dingungen Arbeit nehmen und uns den Kampf dadurch nur erschweren. So kam zum Beispiel vor 14 Tagen ein so- genannter „Auch“-kollege, Erich Wender, Buch-Nr. 212540, nach Angabe aus Derna bei Mühlhausen i. Th. gebürtig, arbeitete eine Zeit hier (natürlich zu den alten Bedingungen) und verdurstete dann stillschweigend, indem er das Vertrauen seines Logiswirtes auf das gemeinste mißbraucht hat. Wir bitten die Kollegen, dieses Individuum gütlich zu be- handeln. Zugang bitten wir nach wie vor fernzuhalten.

In Bayreuth dauert der Streik bei der Firma F. A. Cyser fort. Zu den drei Arbeitswilligen, die stehen ge- blieben sind, haben sich vier weitere gefunden. Diese Haus- reißer können aber an der Situation nichts ändern, da ein Betrieb, in dem sonst 68 Arbeiter beschäftigt sind, mit sieben Arbeitswilligen nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Firma ist bemüht, weitere Streikbrecher heranzuziehen, hat aber damit wenig Erfolg. Die Streikenden sind guten Mutes und hoffen den Kampf zu einem guten Ende zu führen. Es wird dringend gebeten, den Zugang fernzuhalten. Als Arbeitswillige sind folgende Schreiner in dem Betrieb tätig: Georg Weith, Johann Schmidt, Georg Schneider, Michael Mähel, Bernhard Schöber, Leonhard Berneth (der letztere hat sich schon im Jahre 1895 in Nürnberg als Ar- beitswilliger betätigt). Ein junger Kollege namens Krieg- aus Saalfeld wurde durch einen hiesigen Bürger als Streik- brecher zugeführt.

In Berlin sind in der Continental Kamm- und Zelluloidwarenfabrik von S. Bloch, Warschauer- straße 41 bis 42, Differenzen ausgebrochen. Zugang von Kammachern und Haarschmuckarbeitern ist deshalb fernzuhalten. In diesem neugegründeten Geschäft waren einige Kollegen aus Witschellstadt mit einem Wochenlohn von 80 Mk. angenommen worden. Nach drei Wochen erklärte Herr Bloch bei der Lohnzahlung, von Montag ab wird Akkord gearbeitet. Die Kollegen nahmen dieses unter dem Vorbehalt an, daß ihnen der vereinbarte Lohn garantiert würde. Herr Bloch wollte nur die niedrigsten der am Orte üblichen Preise zahlen, es war den Kollegen unmöglich, auch nur annähernd auf ihren Lohn zu kommen, sie verlangten deshalb Weiterbeschäftigung im Lohne oder Erhöhung der Preise. Bei der Verhandlung durch die Verwaltung erklärte sich der Unternehmer bereit, einen Stundenlohn von 60 Pf. zahlen zu wollen, auch die Akkordpreise sollten erhöht werden, es solle ihm für die weiteren ein Tarif vorgelegt werden. Am nächsten Tage entließ er drei Kollegen mit der Begründung, es wäre keine Arbeit mehr da. Als hierauf seitens der Branchenkommmission verhandelt wurde, erklärte der Herr, zwei Mann wegen Arbeitsmangel, den dritten aus dem Grunde entlassen zu haben, weil derselbe die an- deren aufgewiegelt habe. Nun hat Herr Bloch aber neue Leute eingestellt, und zwar zu den von ihm festgesetzten nie- drigen Preisen. Die noch im Betrieb beschäftigten Kollegen legten am 4. August ebenfalls die Arbeit nieder, da es ihnen nicht möglich ist, einen für die hiesigen Verhältnisse an- gemessenen Verdienst zu erzielen. Der Betrieb ist gesperrt und ersuchen wir die Kollegen allerorts, sich bei Arbeits- angeboten nach hier erst mit der Ortsverwaltung in Ver- bindung zu setzen.

In der Pianofortefabrik von Bell & Co. dauert der Streik noch fort. Diese Firma versuchte immer wieder die Preise zu drücken, um möglichst billig liefern zu können. Die Folge davon waren ständige Differenzen mit den Ar- beitern, die aber nicht in letzter Linie durch die Nachgiebig- keit der Arbeiter bald wieder beigelegt wurden. Den Vogel schloß die Firma ab, als im Juni dieses Jahres eigene Ma- schinen im Betrieb aufgestellt wurden und es dadurch zu einer Arbeitsteilung bei den Umbaumachern kam. Die Her- stellung des weißen Umbau sollte nun in Lohn vor sich gehen, der zweite Teil sollte weiter in Akkord gemacht wer- den. Zu dem letzteren gehören das Nachleihen der Holz- kleben und Klappen, das Ausgahnen sämtlicher Teile, Wind- fontnieren, Fontnierzusammensetzen und Fontnieren. Wie jeder Fachmann ersehen kann, verblieben für den in Akkord herzustellenden Teil drei Fünftel der ganzen Arbeit. Zu bemerken ist noch, daß die Umbaumacher früher das rohe Holz geschnitten geliefert bekamen. Die Unternehmer boten nun den Arbeitern für den zweiten Teil des Akkords außer- ordentlich niedrige Akkordpreise. Wir wollen hier nur einige Zahlen aus dem 26 Positionen enthaltenden Tarif der Umbau- macher herausgreifen. Die Unternehmer wollten zahlen: für eine Sorte 58 Mk. (alter Preis 150 Mk.), für eine andere 60 Mk. (alter Preis 149 Mk.), für eine dritte 52 Mk. (alter Preis 140 Mk.), und so fort. Trotzdem ein solches Angebot der Unternehmer nur als Verhöhnung aufgefaßt werden konnte, wurde doch in dieser Sache dreimal verhandelt. Die Unternehmer wollten jedoch von den von ihnen aufgestellten

Preisen wenig abweichen. Auch auf den Vorschlag der Ar- beiter, die Arbeit vorläufig in Lohn herstellen zu lassen, gingen sie nicht ein. Da die neuen Akkordpreise der Unter- nehmer ganz horrende Lohnabzüge für die Umbaumacher bedeuteten, legten die im Betrieb Beschäftigten die Arbeit nieder. Die Zahl derselben war im Mai und Juni von 100 auf 70 herabgemindert worden. Seit dem 8. Juli be- finden sich nun die Kollegen im Ausstand. Die Bemühungen der Unternehmer, Arbeitswillige heranzuziehen, sind von sehr geringem Erfolge gewesen. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Dielefeld ist der Streik der Stellmacher nach fast 13 wöchiger Dauer beendet worden. Die Kollegen erreichten ab 1. Oktober die 9/10-stündige Arbeitszeit unter denselben Wochenlohnsätzen, wie sie bisher üblich waren. Hoffentlich halten die Kollegen auch weiter einig und geschlossen zu- sammen, damit sie diesen Erfolg auch ausnützen und weitere Erfolge erzielen können.

In Chemnitz ist der Streik bei Otto Hofmann Nachf. nach siebenwöchiger Dauer erfolglos beendet worden. Die Schuld an diesem Ausgang tragen vier Muchkollegen, welche sich vier Wochen am Streik beteiligt hatten, aber dann ar- beitswillig wurden. Die Namen dieser Streikbrecher sind Adolf Döflig, Emil Pfitze, Louis Wieland und Carl Bauer. Die Streikenden sind wieder eingestellt bis auf einen, der es ablehnte, einen Streikbrecher als seinen nunmehrigen Vor- gesetzten zu betrachten. Die Firma sucht nun in ganz Deutschland nichtorganisierte Tischler auf feinste echte Möbel zu hohem Lohn, nämlich 40 Pf. Minimallohn und dauernde Stellung. Der Zulauf dürfte wohl bei diesem Lohnangebot nicht gar zu groß werden, doch empfehlen wir den Kollegen für alle Fälle, vor Arbeitsnahmen bei der Lokalverwaltung Grundbedingungen einzuziehen.

In Dresden sind die Differenzen bei der Firma Müntsch, Pianofortefabrik, zur Zufriedenheit der Kollegen er- ledigt worden. Die Abzüge wurden bei den Büchern bis auf 25 Pf. retour genommen (abgezogen sollten 2 Mk. werden). Bei den Polierern wurde entsprechend dem Wunsche der- selben eine Preisregulierung vorgenommen, so daß die schlechtbezahlten eine Aufbesserung erfahren haben. Nach- dem man sich so geeinigt hatte, wurde die Arbeit nach zwei- stündiger Ruhe wieder aufgenommen.

In Oberwalde haben die Tischler bereits mit fünf Firmen einen Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen. Auch mit der Innung haben Unterhandlungen stattgefunden, doch wollen die Innungsmeister nur eine viertelstündige Arbeits- zeitverkürzung eintreten lassen, während die anderen Firmen eine halbstündige bewilligt haben. Infolgedessen wird der Streik, an dem jetzt noch 11 Kollegen beteiligt sind, weiter- geführt. Zugang ist fernzuhalten.

In Eisenach ist in dem Streik der Fahrzeugfabrik eine Änderung noch nicht eingetreten. An alle Modell- tischler und Stellmacher Deutschlands richten wir die dringende Bitte, alle Streikarbeit für die Fahrzeugfabrik streng zurückzuweisen, da jetzt versucht wird, die Modelle auswärts anzufertigen zu lassen. Es sind hauptsächlich Modelle für Motorwagen mit dem Zeichen S. T. und U., außerdem für Geschütze, desgleichen auch Motorwagenkasten. Wenn uns die Kollegen in jeder Beziehung unterstützen, indem sie Streikarbeit verweigern und den Zugang fernhalten, so muß der Sieg unser werden.

In Offen a. Murr haben unsere Kollegen Forderungen eingereicht. Es handelt sich in der Hauptsache um die Ein- führung der 9/10-stündigen Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung. Es haben wiederholt mit den Unternehmern Verhandlungen stattgefunden, die aber einem uns zugegangenen Telegramm zufolge am Montag resultatlos abgebrochen worden sind. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Furtwangen sind die Bildhauer bei der Firma L. Furtwängler Eöhne N.-G. wegen Entlassung zweier Verbandskollegen in Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

In Gummerbach, allwo nach dem vorjährigen Sömer Streik die Organisation Wurzel faßte und heute fast alle der dort beschäftigten Kollegen derselben als Mitglieder angehören, wurden den Meistern folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit (im Vorjahre war noch die elfstündige allgemein). 2. Auf- schaffung von Kost und Logis. 3. Lohnaufschlag von 8 Pf. pro Stunde. 4. Für Überstunden ein Zuschlag von 10 Pf. 5. Vor den hohen Feiertagen eine Stunde früher Feierabend unter Bezahlung derselben und 6. wöchentliche Lohnzahlung vor Schluß der Arbeitszeit. Ohne daß es einer Arbeitsein- stellung bedurfte, wurden diese Forderungen fast vollständig bewilligt, nur zwei Meister, und zwar Wirth mit einem und Grothe mit zwei beschäftigten Kollegen, zeigten sich nicht entgegenkommend. Letzterer erklärte bei einer mündlichen Vorsprache des Gauvorstehers diesem kurz: „Die Verhält- nisse in meiner Werkstatt sind solche, daß Anlaß zum Klagen nicht vorliegt, wenn es bei mir nicht paßt, der kann gehen.“ Letzterem wurde seitens der zwei in Betracht kommenden Kollegen entgegengesprochen, Ersatz zu finden dürfte Herr Grothe nicht allzu leicht fallen, so daß der Herr sich wohl mehr als bisher an der Hobelbank beschäftigen müssen wird. Hoffent- lich ersehen die noch nicht organisierten Kollegen am Orte durch die erzielten Erfolge nunmehr den Wert der Organi- sation ein und kämpfen gemeinsam mit den übrigen für weitere Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis.

In Ramen erreichten unsere der Zahlstelle Dortmund angeschlossene Kollegen auf dem Wege der gütlichen Verein- barung mit den Arbeitgebern an Stelle der 11 die 10/11-stün- dige Arbeitszeit, ab 1. April 1907 die 10stündige Arbeitszeit. Für die Banischreiner wird der Lohn auf 43 Pf., für die Maschinenschreiner auf 45 Pf. erhöht. Ab 1. April 1907 tritt eine weitere Lohnerhöhung von 2 Pf. in Kraft. Es bedeutet dieses für einzelne Kollegen eine Lohnerhöhung bis zu 10 Pf. pro Stunde. Ferner wurde zugesagt für über- zeitarbeit 5 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 10 Pf. Zu- schlag. Bei Arbeiten nach auswärts werden die entstehen- den Unkosten vergütet. Der Lohn wird voll, während der Arbeitszeit ausbezahlt. Die Kollegen erklärten sich mit dem Erreichten vorläufig zufrieden, der fernere Zusammenhalt wie bisher wird ihnen weitere Erfolge verbürgen.

In Osterholz-Scharmbeck sind einem Telegramm zufolge in der Maschinenfabrik Ferrichs sämtliche Modelltischler ausgeperrt. Zugang ist fernzuhalten.

In Pringnitz ist der Streik der Tischler nach drei- wöchiger Dauer beendet. Gefordert wurde 10stündige Ar-

beitszeit und 5 Prozent Aufschlag auf Akkorbarbeiten. Diese Forderungen wurden von den Unternehmern zum großen Teil bewilligt. In der Werkstatt von U. Schade kam es zu Streik. Es reichten von den zehn beschäftigten Kollegen acht die Kündigung ein, unter diesen befanden sich noch zwei Kollegen, die es fertig brachten, ihre Kollegen in einer so gemeinen und schmutzigen Weise zu umgehen, wie es von Verhandlungscollegen nicht zu erwarten ist. Von Kollegen, welche schon mehrere Male Streifbrecher gewesen sind, ist ja auch weiter nichts zu verlangen. Seitens des Gewerkschaftsstandes wurde dann der Streik aufgehoben, weil unter diesen Umständen nichts zu erreichen war.

Zu Schwerin befinden sich nach wie vor die Klavierarbeiter in der Pianofortefabrik von Gehr. Perzina im Streik. Die Firma bemüht sich krampfhaft, Arbeitswillige heranzuziehen, bisher vergeblich. Zugang ist fernzuhalten.

In Striegau sind in der Stuhlfabrik Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Kollegen befinden sich in der Kündigung. Zugang ist fernzuhalten.

In Thiengen bei Waldshut sind die Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten, um eine kleine Verbesserung ihrer Lage zu erzielen. Sie verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 66 auf 59 Stunden pro Woche und einen Minimallohn von 8 bis 10 Mk. pro Woche bei freier Station. Das hier herrschende Kost- und Logiswesen ist sicherlich kein ideales, und seine Beseitigung wäre recht notwendig, doch kann das nur allmählich geschehen. Die Meister sind natürlich von unserem Vorgehen nicht sehr erbaut; ein Kollege wurde von einem Drechlermeister entlassen unter dem Vorgeben, der betreffende Meister sei dazu von den übrigen Unternehmern gezwungen worden durch die Drohung, ihm sonst die Arbeit entziehen zu wollen. Nach näherer Untersuchung stellte sich jedoch heraus, daß dieser Grund nur vorgeschützt war. Es wird gebeten, den Zugang von Schreibern, Drechslern und Bürstenholzarbeitern fernzuhalten.

In Thorn befinden sich die Tischler, wie bereits berichtet, im Streik zwecks Verbesserung ihrer recht elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bereits am 15. April gingen den Unternehmern die Forderungen zu, doch weigerten sich die Innungsstraiter daraufhin, mit uns in Unterhandlungen zu treten. Unsere Kollegen proklamierten dann am 18. Juli den Ausstand. Die Tischler-Duncker'schen Kollegen lehnten den Eintritt in den Streik ab. In kurzer Zeit hatten wir in den Betrieben von Bartel, Brochnow & Eisenberg, Hamermeister & Sotke, wo 40 unserer Kollegen beschäftigt waren, unsere Forderungen zur Anerkennung gebracht. Bei den übrigen Geschäften war ein Erfolg bisher nicht möglich, weil die Herren Tischler dort den Karren verfahren haben. Es sind gesperrt die Betriebe von Houtermanns & Walther, Bautischlerei, Borkomski, Möbeltischlerei, und Thober, Bautischlerei.

In Weiden sind in der Bürstenfabrik von Eduard Reicherting infolge Maßregelung eines Kollegen Differenzen ausgebrochen. Seit kurzem ist in dieser Fabrik der Wertmeister Franz Schönborn in Stellung getreten, dem vom Fabrikanten weitgehende Befugnisse übertragen wurden. Um seine Autorität zu wahren, entließ er einen anerkannt tüchtigen und brauchbaren Arbeiter, weil er ihn im Verdacht hatte, daß er die übrigen Arbeiter im Betrieb aufhebe. Der wirkliche Grund für die Entlassung dürfte wohl darin liegen, daß der Gemäßregelte den Wertmeister aus dessen früheren Stellungen in Frankfurt, Lübeck usw. kennt und zwar nicht von der besten Seite. Die übrigen Kollegen in dem Betrieb, die sämtlich organisiert sind, wollen sich von einem Schönborn nicht alles bieten lassen; sie wollen verhindern, daß die ohnehin nicht glänzenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht noch weiter verschlechtert werden, und haben demnach ihre Dispositionen getroffen. Eine Verhandlung, die ein Vertreter des Gewerkschaftsstandes und der Lokalverwaltung mit dem Firmeninhaber hatte, verlief resultatlos, da der Werksführer Schönborn die Wiedereinstellung des Gemäßregelten prozig ablehnte. Es wird gebeten, den Zugang von Bürstenmachern fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Zur Milzbrandfrage.

Zu dem von uns in Nr. 26 und 27 der „Holzarbeiter-Zeitung“ besprochenen Bericht der württembergischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1905 ist unter anderem mitgeteilt, daß im Berichtsjahr in der württembergischen Bürstenindustrie kein Fall von Milzbrand konstatiert wurde. Das entspricht nicht den Tatsachen, denn wie uns erst jetzt aus Ravensburg geschrieben wird, ist dort im Vorjahr tatsächlich ein Milzbrandfall vorgekommen und vom Arzt unzweifelhaft als solcher festgestellt worden. Nur dem Umstand, daß der Arzt die Krankheit sofort erkannte und durch einen schleunigen operativen Eingriff die Gefahr beseitigte, war es zu danken, daß der Arbeiter mit dem Leben davonkam und nach vierwöchigem Kranksein wieder seinem Beruf nachgehen konnte.

Es liegt natürlich nicht in Verschulden der Gewerbeinspektion, wenn sie über diesen Fall nicht berichten konnte, aber der Fall beweist doch, daß die Gewerbeinspektionsberichte kein erschöpfendes Bild des gegenwärtigen Standes der Bekämpfung der Milzbrandgefahr bieten und daß diese Gefahr für die Arbeiter nach wie vor recht groß ist: Den Kollegen empfehlen wir aber, uns von ähnlichen Milzbrand-erkrankungen vorkommenden Falles in Kenntnis zu setzen, wie es seitens der Nürnberger Kollegen in letzter Zeit regelmäßig geschieht.

Der bayerische Schreinermeisterstag in München. Uns wird über diese Tagung noch geschrieben: Ganze dreißig Mann hoch waren sie in diesem Jahre zusammengekommen, um sich über ihres Standes Wohl und Wehe zu beraten oder mit anderen Worten gesagt, um sich ihr Leid über die bösen Gefellen gegenseitig zu klagen. Fürwahr,

diese Leute haben aus den neuen Zeitklüften nichts gelernt, und man könnte über sie einfach zur Tagesordnung übergehen, wenn es nicht komisch anzusehen wäre, wie sich in solchen Köpfen ein sozialpolitisches Interesse fundiert. Bemerkenswert ist vielleicht vor allem, daß die christlich organisierten besonders schlecht bei der Meisterschaft angefahren sind, und daß man sie noch mehr haßt als die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen. Man sagt den Christlichen nach, daß sie mit besonders hohen Ansprüchen hervortreten, um den anderen den Rang abzulaufen. Zum Schutze gegen die Gehilfenschaft will man nun einen Arbeitgeberverband gründen, was man im übrigen im vorigen Jahre auch schon wollte, denn man glaubte, wenn man den Gehilfen als ein geschlossenes Ganzes gegenübertritt, werden diese schon zu Kreuze kriechen. Die Herren Meister nennen es einen Kampf gegen ungerechte Streiks und Forderungen. Selbstverständlich ist es nach ihrer Ansicht ungerecht, wenn ein Gehilfe mit Rücksicht auf die teure heutzutage Zeit mit ihren Ansprüchen eine Verbesserung seiner Lage in materieller und sozialer Richtung anstrebt, wenn er also nicht zu allem ja und Amen sagt, was der zopfige Meister ihm Gutes vermeint.

Auch die Landtagsabgeordneten bekommen ihr gut Teil ab, denn nach der Ansicht unserer Versammelten halten die verschiedenen Fraktionen des Landtages gewissermaßen ein Wettlaufen ab, daß jede von sich sagen kann, ich war es, der den Neumeinhaltskommissionen für die Staatsbetriebe durchsetzte. Auch auf die Streiks kam man zu sprechen, und verneinte da, daß die partiellen Streiks die gefährlichsten von allen wären, während hingegen ein Generalkrieg alles fürchte. Auch den Ursachen der Streiks forschte man nach und kam dabei zu der bemerkenswerten Tatsache, daß die wohlgefüllten Kassen der Organisation die Hauptursache der Arbeitseinstellungen mit wären. Die Gehilfen sagen da, jetzt haben wir gespart, jetzt wollen wir auch unser Espartes wieder durchbringen. Der Verbandsvorsitzende Spämann aus Nürnberg erzählte sogar, daß man in Nürnberg in einem Geschäft gestreikt habe, weil man einige Gehilfen wegen Arbeitsmangel entlassen hatte. Die Gehilfen hätten sich da vermaßen zu fordern, man solle die entlassenen Gehilfen wieder einstellen und lieber die Arbeitszeit verkürzen. Man sieht, welch hohes sozialpolitisches Verständnis diesen Redner und die übrigen leitete. Ein anderer Redner wollte das Augenmerk darauf gerichtet wissen, daß es bei Streiks immer heiße, die ledigen Gehilfen seien abgereift. Dieser Umstand gebe zu denken, denn die Ledigen treten dann anderswo in Arbeit und hegen dort, wo sie Arbeit gefunden haben, gegen den Meister. Aber wir wollen doch recht sein! Etwas Gutes fanden die Herren Meister doch an der Gehilfenschaft und das ist deren Zusammenhalten an der Organisation und ihre Opferwilligkeit. Schaut sie an, hütete man da, unsere Gefellen, die zahlen allwöchentlich 60 Pf. für ihre Gewerkschaft, und die Meister reut es, im Jahre 1 Mk. auszugeben. Wir müssen Geld haben, könnte der Schrei, dann können wir uns auch Agitatoren halten, dann bekommen wir den Arbeitgeberbund und im Schreiner-gewerbe, dann sind wir ein einiges Ganzes, dann sind wir die Herren im Hause und dann, Geselle, freue dich!

Vorerst aber will man wegen Fehlens des schönben Mammons in der Meisterklasse mittels Mundschreibens die bayerische Meisterschaft insgesamt auflösen. Bis es aber so weit ist, hat es noch gute Wege, und die Träume der Herren Meister werden sich als Schäume erweisen. Auf jeden Fall aber können die Gehilfen auch daraus lernen, daß nur eine feste Organisation es ist, die es ihnen ermöglicht, jederzeit dem Begehren der Meister wirksam entgegenzutreten zu können.

Der Verband deutscher Bürsten- und Pinselindustrieller hielt nach einer Mitteilung der „Zeitschrift für Bürsten-, Pinsel- und Kammsfabrikation“ am 2. Juli in Nürnberg seinen Verbandstag ab. Über den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes werden wohl in Rücksicht auf die Arbeiterverbände Mitteilungen nicht gemacht. Über die Lage der Bürsten- und Pinselindustrie fanden eingehende Besprechungen statt, insbesondere wurde nachdrücklich betont, daß der Verband nach wie vor alle ihm zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen möge, um bei Abschluß von Handelsverträgen die Interessen der ganz besonders auf Export angewiesenen Bürsten- und Pinselindustrie zu wahren, um eine Beeinträchtigung ihrer Absatzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu verhindern. Ferner wurde unter anderem beschlossen, die Mitglieder des Verbandes aufzufordern, auf die Abstellung von Mißständen hinzuwirken, welche beim Vorsteneinkauf zu lebhaften Klagen Anlaß geben. In vielen Fällen überschreitet das Gewicht der Bindfäden und Bastbünde die zulässige Grenze; es sollte 4 Prozent des Vorstengewichtes niemals überschreiten. Dann sind in den meisten Fällen genaue Angaben über Längen und Farben des Inhalts der Vorstefässer nur sehr schwer oder gar nicht erhältlich, obwohl diese Angaben zur Preisbestimmung unerlässlich sind. Weiter kommen besonders im Frühjahr vielfach Vorsten in den Handel, die nicht genügend ausgetrocknet sind. Dagegen soll Hilfe geschaffen werden. — Die indifferenten Fabrikanten sollen zum Anschluß an den Verband aufgefordert werden. Dem Vorstand dieses Industriellenverbandes gehören die Bestzer und Leiter der größten Betriebe der Branche an. Die Direktoren der Vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg, der Bürstenfabrik Pensberger & Co. in München, der Bürstenfabrik Erlangen A.-G. in Erlangen, die Herren Gb. Flemming und Lent in Schönheide und Gauck in Schwelge.

Der fünfte Verbandstag des Verbandes deutscher Bürstenmacherinnungen findet am 19. und 20. August in Dresden statt. Auf der Tagesordnung dieses Tages steht u. a. Bericht der Zentralkommission zwecks Erhebung und Abwehr der Konkurrenz durch Wohlthätigkeits- und Strafankalten. Die übrige Tagesordnung entbehrt des allgemeineren Interesses.

Gewerkschaftliches.

Die braven „Christen“.

Der in Breslau abgehaltene Kongreß der christlichen Gewerkschaften hatte sich eines sehr erdrückenden Übermaßes von behördlichem Wohlwollen zu erfreuen. Der Oberpräsi-

dent war am Begrüßungsabend durch einen Oberregierungsrat, der Regierungspräsident durch einen Regierungsrat, der Polizeipräsident durch einen höheren Beamten vertreten, auch die kirchlichen Behörden beider Konfessionen hatten Abgesandte geschickt; der Magistrat ließ sich durch einen Stadtrat empfehlen, und am zweiten Tage erschien gar der Oberpräsident in eigener Person, um die christliche Gewerkschaftsbewegung seines Wohlwollens zu versichern. Wenn nur ein Teil der in den amtlichen Ansprachen enthaltenen Günstversicherungen sich in die Tat umsetzt, dann werden sich die Christlichen über das Verhalten der Behörden in Zukunft nicht mehr zu beklagen haben.

Aber nicht nur das amtliche Wohlwollen ist dem Breslauer Kongreß der Christlichen zuteil geworden, auch die Scharfmacher nehmen sich der braven Christenleute in wahrhaft rührender Weise an. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ holt sich im Leitartikel ihrer letzten Nummer zunächst Herrn Professor Werner Sombart vor. Dieser war auch auf dem Begrüßungsabend des christlichen Gewerkschaftskongresses; er hat dort eine Ansprache gehalten, worin er die Schaffung einer christlichen Gewerkschaftsbewegung für berechtigt erklärte; allerdings bedauerte Sombart die Trennung der Arbeiter bei der Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben, wobei er hinzufügte, daß die Sozialdemokratie auch ihre Ideale habe, wenn es auch andere als die christlichen seien.

Dafür ist Professor Sombart am anderen Tage bereits von einem Delegierten eindringlich gerüffelt worden. Welche Privatität aber auch, anzunehmen, daß auch andere Leute als unsere patentierten Christen ihre Ideale haben könnten! Das sollte der gelehrte Mann doch wissen, daß außerhalb der kirchlichen Rechtgläubigkeit die ganze Welt in Materialismus, Habgier und Sinnenlust versunken ist. Dem Zentralblatt der deutschen Arbeitgeberverbände genügt nun die Zurückweisung noch nicht, die Sombart auf dem Breslauer Kongreß erhalten hat, sie nimmt sich den Übeltäter nochmal besonders vor und schüttelt ihn herbe, weil er es gewagt „vor aller Öffentlichkeit“ zu erklären, „daß die der Umsturz-bewegung zugrunde liegende Weltanschauung den gleichen ethischen Wert besitzt wie die der auf christlich-nationalen Boden stehenden Arbeiterorganisationen; er bedauert es, daß die christlich-nationalen Arbeiter nicht von vornherein mit der Sozialdemokratie paktiert und sich deren politischen Ziel zu eigen gemacht haben!“

Das Scharfmacherblatt ist überzeugt, „daß diejenigen, die sich Herrn Sombart kommen lassen, ob des Vorgangs nicht minder peinlich überrascht gewesen sein dürften, wie die amtlichen und kirchlichen Instanzen, deren Anwesenheit dem Kongreß eine nicht zu unterschätzende Weihe verlieh“. Und damit jedermann weiß, was derjenige ist und was er verdient, der sich an der christlich-nationalen Sache in so frecher Weise vergeht, verkündet die „Arbeitgeber-Zeitung“ folgendes Urteil: „Wer den wissenschaftlichen Charakter seines Amtes dazu benützt, um durch Propagierung der Barrikadenmoral in den Ruf eines originellen Kopfes zu gelangen, den werden wir als das hinstellen, was er ist, nämlich als einen politischen Schädling, dessen Unfähigkeit zur Ausübung lehramtlicher Funktionen gerade aus Mangel vor der Wissenschaft als solcher außer Frage stehen sollte.“

Die Scharfmacher hätten somit das Nötige getan, um die christliche Gewerkschaftsbewegung vor der ihnen ange-tanen Schmach und vor dem Verdacht zu retten, als ob andere als vom Zentrum geweihte Arbeiter auch Ideale haben könnten. Sodann mangelt das Arbeitgeberverband-blatt nicht, den Breslauer Kongreß im besonderen und den christlichen Gewerkschaften im allgemeinen die Anerkennung der Scharfmacher auszusprechen, indem es „mit Befriedigung“ davon Kenntnis nimmt, „daß die Versammlungsredner sich im Gegensatz zu dem an anderer Stelle gekennzeichneten Auftreten des linken Flügelmanns der Naumannianer, des Herrn Professor Dr. Sombart, einer entschiedenen Ablehnung des Gebarens der sozialdemokratischen Arbeiter befleißigten. Niemand kann es uns verdenken, wenn wir von unserem Standpunkt aus einer Bewegung, deren Zweck und Ende schließlich doch die Herabminderung der unternehmerischen Selbstbestimmung bildet — mehrere Redner bezeichneten un-umwunden das Unternehmertum in seiner Gesamtheit als den „Gegner“ der Arbeiterschaft — von vornherein mit mißtrauischer Vorsicht gegenüberstehen. Andererseits aber sind wir vorurteilsfrei genug, um es vom nationalpatriotischen Standpunkt aus mit Freude zu begrüßen, wenn solcherart der Umsturz-bewegung aus den Reihen der Arbeiter selbst heraus ein starker Feind entsteht, der ihre vaterlandseindlichen Tendenzen durchkreuzt und die Arbeiterbewegung in Bahnen lenkt, die zu irgend einer Verständigung wenigstens für die spätere Zukunft einige Aussicht bieten.“

Mit anderen Worten: Wo ihr uns im wirtschaftlichen Kampfe mit Forderungen für die Arbeiter entgegentretet, da schlagen wir euch den Schädel ein, denn in diesem Falle seid ihr nicht besser als die roten Wilder auch. Wo ihr aber uns die Sozialdemokratie vom Halse haltet, die Arbeiterbewegung durch Zerspaltung und Streifbrecherdienste lähmt, da ist gedankt für euer patriotisches, christlich nationales Wirken. Eine Anerkennung dieser Art darf man den braven Christlichen gönnen.

Der bayerische Streikerlaß, den wir gebührend beleuchteten und der in ganz Deutschland Aufsehen erregte, ist in aller Stille abgetan worden. Er war, wie die „Münchener Post“ mitteilt, eine rein persönliche Leistung des Gendarmerie-hauptmanns Häffner, die „Belehrung“ der Gendarmeriekompanie von Niederbayern über ihre Tätigkeit bei Arbeitseinstellungen“. Herr Häffner ist deswegen auch vom Ministerium nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß 1. die Hinausgabe derartiger Erlasse außerhalb seiner Kompetenz liegt, daß 2. Gendarmerie und Polizei sich unter-

keinen Umständen in Lohnstreitigkeiten einzumischen haben, und daß 3. auch von einem Gendarmeriehauptmann wenigstens die Kenntnis der Gesetze vorausgesetzt werden muß, auf die er bei Belehrung seiner Mannschaften hinweist, in vorliegenden Falle seien aber die Hinweise des Herrn Säffner sowohl auf das Vereinsgesetz wie auf das Polizeistrafgesetz direkt — gesetzwidrig gewesen! —

Wenn die Informationen der „Münchener Post“ richtig sind, dann wird in Bayern denn doch etwas anders verfahren wie in manchem anderen deutschen Vaterland mehr nördlich. Anderwärts wäre der Verfasser eines solchen Erlasses vielleicht avanciert oder hätte einen Orden gekriegt.

Im Zimmererverband sind nach einer Zusammenstellung des Hauptvorstandes im ersten Halbjahr dieses Jahres 425 Lohnbewegungen geführt worden gegen 227 in demselben Zeitraum des Vorjahres. An diesen Bewegungen waren 553 Verbandszahlstellen und 72 Zahlstellenbezirke beteiligt mit zusammen 28 854 Mitgliedern. Beendet waren bis zum 15. Juni 282 Lohnbewegungen, an denen 18 948 Verbandsmitglieder teilnahmen. Erfolg hatten 231 Bewegungen mit 12 407 Mitgliedern. Erreicht wurde die Erhöhung des Stundenlohns in 11 Zahlstellen um je 1 Pf., in 2 um 1 1/2 Pf., in 50 um 2 Pf., in 8 um 2 1/2 Pf., in 57 um 3 Pf., in 1 um 3 1/2 Pf., in 26 um 4 Pf., in 47 um 5 Pf., in 14 um 6 Pf., in 4 um 7 Pf., in 1 um 7 1/2 Pf., in 6 um 8 Pf., in 1 um 9 Pf. und in 3 Zahlstellen um je 10 Pf. Für 40 Zahlstellen wurde außerdem eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt, und zwar für 26 Zahlstellen um je eine halbe und für 16 Zahlstellen um je eine ganze Stunde pro Tag. In 106 Orten kam es zum Abschluß von Tarifverträgen, davon enthalten 50 Verträge die Bestimmung, daß im nächsten Jahre eine weitere Lohnerhöhung eintritt, und 15 Verträge sehen für das nächste Jahr eine Verkürzung der Arbeitszeit vor. In 111 Zahlstellen und 19 Zahlstellenbezirken kam es zum Streik respektive zur Aussperrung, die eine Unterstützung von 152 443 Mt. aus der Zentralkasse erforderten. Die meisten Lohnbewegungen erstreckten sich auf kleinere Orte.

Neues Gewerkschaftshaus. Die Genossen in Gotha haben behufs Erwerbung des Gasthofs zum Mohren eine Genossenschaft gegründet, deren Anteilschein 10 Mt. betragen; Teilsahlungen, jedoch nicht unter 50 Pf., sind zulässig.

Der christliche Schneiderverband verlegt seinen Sitz am 1. Oktober von München nach Göttingen. Die Beiträge werden erhöht, und zwar auf 35, 25 und 15 Pf. pro Woche, nach Arbeiterkategorien abgestuft. Der Verband gibt jetzt eine Mitgliederzahl von 2942 in 80 Zahlstellen an.

Unternehmerbewegung.

Es gibt zu lange Arbeitszeiten.

selbst nach der Meinung der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“. Dieselbe verweist auf die Zeitungen ein in mannigfacher Hinsicht interessantes Zirkular nachstehenden Wortlautes:

„Die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände teilt in einem an ihre Mitglieder gerichteten Rundschreiben mit, daß am 23. Juni d. J. unter der Leitung der Hauptstelle ein Schutzverband gegen Streikschäden gegründet worden ist, der den einzelnen Verbänden im Falle der Zahlung von Streikentschädigung an ihre Mitglieder eine Rückdeckung bietet. Die Hauptstelle richtet deshalb an ihre Verbände die Aufforderung, sich, soweit dies noch nicht geschehen ist, diesem Schutzverband anzuschließen.“

In demselben Rundschreiben weist die Hauptstelle darauf hin, daß unter den Umständen, mit denen sie sich in der letzten Zeit zu beschäftigen gehabt habe, leider auch solche vertreten gewesen seien, in denen die Arbeitgeber nach verfruchttem kurzen Widerstand zum Nachgeben gezwungen waren, und zwar deshalb, weil sie es in eigennütziger Weise für möglich erachtet hatten, an Arbeitszeiten festzuhalten, die von ihren Gewerkschaften als zu lang erachtet und daher freiwillig gekürzt worden sind, oder weil sie eine der allgemeinen Wirtschaftslage und den Zeitverhältnissen entsprechende Aufbesserung der von ihnen gezahlten niedrigen Löhne unterlassen hatten.

„Ein derartiges Verhalten“, so führt das Rundschreiben aus, „entspricht nicht der Stellung des Arbeitgebers, wie sie in der Hauptstelle gedacht ist. Für die Organisation der Arbeitgeber zum Widerstand gegen die unberechtigten Angriffe der Arbeiter und ihrer Organisationen ist eine der grundlegenden Voraussetzungen, daß der Arbeitgeber aus freiem Willen sein möglichstes tut, um seine Arbeiter, den maßgebenden Verhältnissen entsprechend, in loyaler Weise zu befriedigen. Vor allem muß der Arbeitgeber alles vermeiden, was geeignet sein könnte, ihn den Arbeitern gegenüber ins Unrecht zu setzen; denn sonst sind Vorkommnisse, wie die hier in Rede stehenden, unausbleiblich.“

Die Hauptstelle nimmt deshalb Veranlassung, an die Vorstände der angeschlossenen Arbeitgeberverbände die dringende Bitte zu richten, darüber zu wachen, daß von ihren Mitgliedern die Arbeitsbedingungen jeder Art nach Maßgabe der gegenwärtigen allgemeinen Verhältnisse in einwandfreier Weise festgestellt werden. Nur wenn dies überall und in vollem Umfang geschehe, werde sich im gegebenen Falle die volle Kraft der Organisation der Arbeitgeber wirkungsvoll betätigen können; sie müsse und werde überall unbedingt versagen, wo das Unrecht sich auf der Seite der Arbeitgeber befindet.“

Es scheint demnach selbst nach der Meinung der Scharfmacher durchaus berechtigte Streiks zu geben. Die in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Genossen werden gut tun, dieses Utensilium aufzubewahren.

Soziale Rechtspflege.

Die Gesellschaft für Arbeiterversicherung.

deren Gründung schon längere Zeit geplant war (siehe unseren Leitartikel in Nr. 11), ist nunmehr perfekt geworden. Die Gründung derselben vollzog sich am 30. Juni in Hamburg in einer nach bürgerlichen Zeitungen zahlreich besuchten Ver-

sammlung von Vertretern der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Behörden usw. über die Zwecke und Ziele dieser Gesellschaft äußerte sich der Redner des Tages, Stadtrat v. Frankenberg aus Braunschweig, nach dem Bericht des „Frankfurter Reformblatt für Arbeiterversicherung“ etwa folgendermaßen:

Ein gewaltiger Riese — so stellt sich der Aufbau unserer Arbeiterversicherung dar, mit mächtigen Kräften, aber auch mit riesenhaftem, Millionen verschlingendem Appetit. Viele sind der Ansicht, daß der umfangreiche Körper bei richtiger Einteilung weit mehr als bisher leisten kann und empfehlen eine gründliche Kur an Haupt und Gliedern. Groß ist die Verschiedenheit der Meinungen über die zweckmäßigste Art der Reform. Es empfiehlt sich, zunächst einen Sammelpunkt, eine Vereinigung von Freunden des Versicherungsgedankens mit örtlichen Gruppen zu schaffen, deren wichtigste, aber nicht einzige Aufgabe, die Umgestaltung der Fürsorgegesetzgebung sein wird, die zugleich auch die gegenwärtige Rechtslage als Ausgangspunkt für den Meinungsaustausch zwischen Arbeitgebern und -nehmern, Ärzten, Staats-, Gemeinde-, Kassenbeamten usw. zu betrachten hat. Bei der Krankenversicherung muß die Mannigfaltigkeit, unter der die Ueberficht und Handhabung leidet, in den Orts- und den übrigen Krankenkassen bekämpft, es muß die Familienkrankenpflege, die Begründung von Genesungsheimen, die Beseitigung gesundheitschädlicher Einrichtungen in Fabriken und Werkstätten, die Förderung der Wohnungsfrage angestrebt werden; nicht auf das Wort einzelner Heißsporne, sondern auf die ruhige, sachkundige Erörterung durch die aus verschiedenen Berufsarten zusammengesetzten Mitglieder der Ortsgruppen kommt es hierbei an. Bei der Unfallversicherung ist an zwei Hauptpunkten der Hebel anzusetzen. Das Verfahren ist zu langsam und es bietet nicht allgemein die nötige Gewähr der richtigen Entscheidung, weil in erster Instanz bei der Berufsgenossenschaft, die Rentenfestsetzung ohne Zuziehung von Arbeitern als Beisitzer erfolgt. Bei der Invalidenversicherung würden die Verzögerungspunkte, die sich bei den Verhandlungen der Gesellschaft ergeben, zu weiterer Vertiefung der Kenntnis des Gesetzes bei allen Beteiligten führen. Das Wesentlichste aber liegt darin, daß der Zusammenhang zwischen den Teilen des lückenhaften Aufbaus der Arbeiterversicherung durch die Ortsgruppen vermittelt, daß das Gefühl der Interessengemeinschaft wach erhalten, das Zueinandergreifen des großen Organismus gefördert und die bürokratische Schablone vermieden wird. Gemeininn und Achtung vor dem ehelichen Gegner soll die Grundlage für die Wirksamkeit der Ortsgruppen der Gesellschaft für Arbeiterversicherung sein, mit deren Begründung kürzlich begonnen wurde. Nicht eine Studiengesellschaft rein wissenschaftlicher Art, sondern eine Vereinigung für praktische Arbeit wird beabsichtigt, um einfachere Formen der Fürsorge, leichtere Handhabung, bessere Anpassung an die Erfahrungen und Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens zu gewinnen. Dahinter steht die Hoffnung auf Erweiterung der Versicherungsgesetze, vor allen Dingen zugunsten der Witwen und Waisen. Möge es in beiden Beziehungen der Gesellschaft und ihren Ortsgruppen gelingen, der Gesamtheit sich nützlich zu machen.

In der hieran sich anschließenden lebhaften Diskussion, an der sich Vertreter der Krankenkassen, Behörden und Ärzte beteiligten, fanden die vom Referenten entwickelten Gedanken über die Zweckmäßigkeit einer Gesellschaft für Arbeiterversicherung fast allseitige Zustimmung. Nur über die Form, Organisation und Zusammenfassung derselben gingen die Meinungen auseinander. Die Niederlegung einer Kommission wurde schließlich mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Die aus sieben Mitgliedern (Vertretern der Ärzte, Krankenkassen und Behörden) bestehende Kommission wurde sofort mit dem Rechte der Kooptierung weiterer Mitglieder eingesetzt und dieselbe mit den Vorarbeiten zur eventuellen Gründung einer Gesellschaft für Arbeiterversicherung — Ortsgruppe Hamburg — betraut.

Wir haben unsere Meinung über diese neue Gesellschaft schon in unserem angeführten Artikel zum Ausdruck gebracht. Viel hat sich jedoch seitdem für die Arbeiter aus dieser neuesten Vereinsgründung nicht herauskommen.

Technisches.

Geschäftsverlegung. Die 1886 gegründete, also jetzt 40 Jahre bestehende, wiederholt prämierte Firma C. Bratsch, Inhaber Ludwig Krohn, Spezialfabrik für Polituren, Lacke und Lederkonservierungspräparate hat in Reinickendorf-Berlin durch Verlegung ihrer sämtlichen Fabrik- und Kontorlokaleitäten in ihrem Neubau, Fiskusstraße 15, ihren Betrieb bedeutend vergrößert. Die neuen Lokalitäten der Firma sind mit den modernsten technischen Einrichtungen versehen, sind hell und zweckentsprechend gebaut und bieten die Möglichkeit zur weiteren Ausdehnung des Geschäftsbetriebes. Große Arbeitsfälle dienen zur Herstellung der allgemein anerkanntesten Spezialfabrikate der Firma, wie Spirituslacke und Polituren für die gesamte Holz- und Möbeldindustrie, Metalllacke, Lederlacke, Ledercreme, Fußpomade, wasserfeste Anstrichfarbe usw.

Literarisches.

Neue Welt-Kalender für das Jahr 1907. Der in seinem 81. Jahrgang vorliegende allgemein beliebte Kalender enthält unter anderem: Kalendarium. — Postwesen. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Reform der Strafprozedur. Von Rechtsanwalt Hugo Peinemann. — Seuchengefahr und Seuchenverhütung. — Von Dr. F. Jadel. (Mit Illustrationen.) — Die Karitativität und ihre Bedeutung. Von Eduard Fuchs. (Mit Illustrationen.) — Moderne Kraftwagen. Von A. G. (Mit Illustrationen.) — Die Kultur des Tabaks. Von A. G. Grant. (Mit Illustrationen.) — Französische Gesellenorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Szenen aus der russischen Revolution. Von J. G. (Mit Illustrationen.) — Unsere Lötten. (Mit Porträts.) — Gedichte usw. — Außerdem drei Bilder: „Der Bergmann“, „Die Auswanderer“, „Proletarierin“. — Zwei Dreifarbendrucke auf Kunstdruckpapier: „Der Steinlopper“, „Heher am Anselme“. — Ein Wandkalender. —

Der Preis beträgt nur 40 Pf. — Der Kalender ist durch jede Partetbuchhandlung zu beziehen.

Kleiner Führer durch die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung für die Versicherten von Julius Fräßdorf, Vorsitzender der Ortskrankenkasse zu Dresden. 24 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz. Die im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ herausgegebenen Gesetzesführer erfreuen sich in Arbeiterkreisen großer Beliebtheit. In dritter, verbesserter Auflage erschien eben der Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz, der in übersichtlicher Weise und leicht verständlicher Form den Inhalt des Gesetzes erläutert. Wir empfehlen ihn insbesondere allen Gewerkschaften, Arbeitersekretariaten sowie überhaupt allen Anstaltsstellen zur Anschaffung. Der Preis des Führers beträgt 25 Pf., bei Bezug für Vereine usw. Preis nach Vereinbarung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (E. S. 8 in Hamburg).

Einnahme im Juli:

Gingefandte Überschüsse: Offenbach 800 Mt., Mannheim, Emmendingen, Chemnitz je 600, Adlershof, Berlin A je 500, Weissensee 450, Würzburg I, Düsseldorf, Ganau, Würzburg II, Breslau, Ritzdorf, Lindenau, Altona je 400, Bayreuth 380, Wehringhausen, Erlangen je 350, Hörbe 325, Unsbach, Zinsdorf, Ebingen, Altenburg, Eittingen, Kall, Altenstadt, Mühlheim a. d. Donau, Ballendar, Halberstadt, Darmstadt je 300, Camberg 270, Potsdam, Lößtau, Pöschappel je 250, Kulmbach, St. Gangloff, Malsch, Neuwied, Nied, Effen, Oberrad, Blankenburg a. S., Bolmarisdorf, Heiligenzell, Schw. Gmünd, Magdeburg, Rastel, Neubitz, Gildorf, Gohlis, Brudorf, Glesburg, Mühlheim a. Rh., Burg, Wangen, Gaibach, Hamburg V, Freiburg i. B., Rathenow, Siegburg, Altrip je 200, Wilhelmsburg 195,70, Alzenau, Kirchheim, Spreyer je 180, Neu-Ulm, Neumünster, Eöthen, Stendal, Stetten, Hamburg I, Witten, Sindlingen, Schwerin, Stolp, Hermisdorf, Rath-Heumar, Rindenthal, Leipzig II, Spandau, Sternieck, Starnberg, Rohracker, Erölowitz, Neustadt a. d. S., Leusch, Bautzen, Waldstetten, Schwelm je 150, Liegenhof 130, Ohrdruf, Plauen i. V. je 120, Verden 115, Ebingen, Weimar, Tschöhe, Schweinau, Rasberg, Nordhausen, Wehlar, Mariendorf, Gummerich, Hennef, Gonsenheim, Hürth, Dresden N, Schwerte, Ruggensturm, Hermülheim, Cottbus, Neulubheim, Taubertschhofheim, Schw. Hall, Rawitzsch, Reffenich, Meiderich, Wülmen, Anstalt, Berchtesgaden, Kirchditmold, Kl.-Zschocher, Scheuditz, Weitzschheim, Garselshausen, Göttingen, Bruchsal, Lößau, Neuschönfeld, Striegau, Wierßen, Berghofen, Bruchlöbel, Pöbneck, Altona, Münster, Lüneburg, Bamberg, Detmold, Heilbronn, Mörtern, Wüdingen, Drais, Dranienburg, Urzheim, Johannegeorgenstadt, Leipzig III, Diesdorf, Gildorf, Oldenburg, Finthen je 100, Frankfurt a. O., Brihwall je 90, Kropf 85, Schlenfingen, Coswig, Stadtilm je 80, Teuchern, Kirchheimbolanden je 75, Strehlen 70, Saalfeld, Saunsoch, Oberkirch je 60, Luckenau, Urach, Pörs, Apolda, Plauen b. Dr., Brühl, Hamburg VI, Passau, Neustadt b. L., Wetterzeube, Golditz, Lünehna, Mühlhausen je 50, Rübigeim 71,17, Danzig 36,73.

Summa der Überschüsse	80 716,60 Mt.
Einnahmegerd von Einzelmitgliedern	1,20 =
Beiträge	2 681,50 =
Sonstige Einnahmen	801,18 =
Gesamteinnahme	84 200,48 Mt.

Ausgabe im Juli.

Verandte Zuschüsse: Neckarau, Berlin H je 400 Mt., Barnen, Wilmersdorf, Berlin D, Durlach, Trotha je 200, Kottheim 250, Buchau, Deul, Lampertheim je 150, Worms, Soffenheim, Augsburg, Knauthain, Mühlburg, W.-Glabbach, Rosen, Bromberg, Mundenheim, Stegnitz, Schwenningen, Salmünster, Uetersen, Brethenheim, Steglitz je 100, Alalen 80, Drifsel 70, Dhlau, Bobenheim, Osch, Neuhofen, Bromberg je 50.

Summa der Zuschüsse	4 400 = Mt.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2 015,30 =
Kosten der Generalversammlung	7 705,65 =
Sonstige Ausgaben	8 884,40 =
Gesamtausgabe	17 505,35 Mt.

Einnahme im Juli	84 200,48 Mt.
Ausgabe	17 505,35 =
Zunahme des Vermögens	16 695,13 Mt.

Laut Beschluß der Generalversammlung in Blankenburg soll in Zukunft die Veröffentlichung der Ein- und Ausgänge bei der Hauptkasse monatlich und in vorstehender Weise (statt wie bisher dreiwöchentlich) stattfinden. Den betreffenden Verwaltungsstellen zur Kenntnis, daß die Ein- und Ausgänge vom 1. bis 5. Juli inklusive, welche bereits in letzter Bekanntmachung quittiert waren, in obiger Aufstellung wiederholt sind. A. Suck, Hauptkassierer.

Jeder Kollege,

der sich fachtechnisch und kunstgewerblich fortbilden will, sollte Abonnent des Fachblatt für Holzarbeiter werden.

Jede Zahlstellenverwaltung

sollte mindestens ein Exemplar des Fachblatt für Holzarbeiter für die Zahlstellenbibliothek abonnieren.

Das Fachblatt für Holzarbeiter bringt reichhaltige und gediegene — künstlerische, textliche und zeichnerische — Publikationen und kostet bei Bezug durch die Lokalverwaltung nur 1 Mt. pro Vierteljahr.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Sektion der Bürstenmacher. Sonntag den 19. August, vormittags 10 Uhr, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Kolleg Nr. 4.

Anzeigen.

Cassel. Bureau: Königstr. 101. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung vormittags 10-11 Uhr, nachmittags 4-5 Uhr. Die zugewiesenen Kollegen werden aufgefordert, sich stets zuerst im Bureau zu melden. Umschauen verboten. Die Ortsverwaltung.

Cöln. Das Bureau der Bahnhalle befindet sich im „Volkshaus“, Severinstr. 199. Arbeitsnachweis, Reiseunterstützung und Herberge ebenfalls; geöffnet von 9-10 Uhr vormittags und 5-6 Uhr nachmittags. Die reisenden Kollegen werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht.

Guben. Die Herberge befindet sich Neustr. 60 im Lokal des Herrn Schür. Reiseunterstützung zahlt Kollege Neemann in Wollkufen v. Guben, Siegelstr. 186, aus. Die Versammlungen finden im „Eindenhof“ (Menthe) statt.

Hamborn. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich in der Wirtschaft Großlöser an der Hauptstr. Stellenausgabe: wochentags von 7-9 Uhr, Sonntags von 11-12 Uhr. Dasselbst wird auch Reiseunterstützung ausbezahlt. Umschauen streng verboten.

Hildesheim. Unser Arbeitsnachweis befindet sich im Gewerkschaftshaus, woselbst auch Reiseunterstützung von 7-8 Uhr abends ausbezahlt wird. Umschauen streng verboten. Besondere Anzeiger: Notator 43, Kaffeter: Notator 49.

Wien. Vertrauensmann: Otto Winkler, Bahnhofstr. 127 p. Reiseunterstützung wird dasselbst ausbezahlt: wochentags 12-1 Uhr mittags, 7-8 Uhr abends, Sonntags 11-1 Uhr.

Wolfsburg. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Begunnenberg 10. Wir ersuchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.

Wetzlar (Schlesien). Die Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei Kollege G. Kiedel, Schweigstr. 17, Wetzlar. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Götter, Schwabacherstraße 7 I, S. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Götter, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wer kann mir die genaue Adresse von Emil Neubert, Korbschneider, angeben. Antwort unter S. 3. 74 an die Expedition d. Ztg.

Der Tischler Heinrich Kroll aus Lüneburg, Buchnummer 264749, wird hiermit gebeten, seine Adresse an den Unterzeichneten zu senden. Wir bitten die Kollegen, ihn darauf aufmerksam zu machen.

W. Knapp, Lüneburg, Notator 48.

Der Kollege Paul Seliger, Buchnummer 178997, wird ersucht, betreffs dringender Angelegenheiten seine Adresse an den Kollegen Emil Solan in Wanken, Tuchmacherstraße 13 II, zu schicken. Kollegen, welche dessen Aufenthalt wissen, werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen.

Der Schreiner Friedrich Lemfemer, Buchn. 281127, wird aufgefordert, die hier mitgenommene Beitragsmarke und Festkarte sofort abzuliefern. Ortsverwaltungen und Kollegen, die mit E. zusammenkommen, wollen ihn darauf aufmerksam machen.

Ludwig Gisel, Längendortmund, Bahnhofstr. 36.

Kollege Richard Engel, Buchn. 304084, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Bahnhalle Treuen gegenüber nachzukommen.

Der Schreiner und Lafer Allan Westinger, geb. 30. 6. 1880 in Hirrlingen, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen bei mehreren Arbeiterorganisationen in Furtwangen nachzukommen. Kollegen, die dessen Aufenthalt kennen, wollen der Bahnhalle Furtwangen Nachricht geben.

Tischler Otto Schulz aus Guben, wohnt in Detmold, teile Deine Adresse sofort der Rechtskommission in Detmold (Hr. Gnilke) mit.

Kollegen, die den Aufenthalt des Kollegen Walff, Buchn. 83088, wissen, werden gebeten, seine Adresse gelangen zu lassen an: H. Gullstein, Darmstadt, Bleichfrauenstr. 41 p.

Möbelschreiner mehrere tüchtige, sucht Ernst Beck, Möbelfabrik, Vietzheim i. W.

Suche sofort zwei tüchtige Bau- und Möbelschreiner, sowie einen Tischler- und Arbeiter bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung. Albert Becker, Bau- u. Möbelschreinerei mit elektr. Betrieb in Birnmasens.

Zehn tüchtige Bautischler werden sofort gesucht. Joseph Kiefer Nachf., Otto Kiefer Spremberg (Saus), Dresdener Straße 26.

1-2 tüchtige Bautischler erhalten Beschäftigung bei J. D. Sörensen, Baugeschäft, Alpenrade.

Tüchtige Tischler für Tische und Büfets finden dauernd lohnende Stellung bei Richard Saalfeld, Schmiedt Herzogtum Braunschweig.

Möbelschreiner finden dauernde u. lohnende Beschäftigung auf gute Kastenarbeit bei Grob & Püschel Bau- und Möbelschreiner mit Dampftrieb Spremberg, Nied.-Sausitz.

Für unsere Bau- und Möbelschreiner suchen wir für sofort zwei tüchtige Gesellen bei hohem Lohn. Gebr. Baumgardt, Mech. Schreinerei Gerfeld in Hessen.

Tüchtiger Eisendreher u. Modelltischler finden sofort dauernde Beschäftigung. Schmitts Eisenwerke, Gießen i. M.

Mehrere tüchtige Modelltischler finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn. Oskar Moeschler Maschinen- und Webstuhlfabrik Meerane i. S.

Tüchtige Stuhlmacher per sofort auf dauernd gesucht bei einem Wochenlohn von 28 bis 30 Mk. Reisevergütung. Ballmer & Demel, Möbelfabrik Sulzbach a. d. Murr.

Tüchtige Stuhlbauer, hauptsächlich für bessere Stühle, für dauernde Beschäftigung gesucht. Reisevergütung nach Vereinbarung. Robert Oelschlägel & Co. Br. Holland b. Elbing, D.-Pr.

Drechsler sof. gef. Fußbett. H. J. Brosius, Schloß bei Nachen, Neustr. 28.

Tüchtiger Fräser, mögl. schon auf Büchsenhölzer gearbeitet, für sofort und dauernd gegen guten Lohn gesucht. W. Kraus, Berlin N. 54 Adlerstr. 22.

Tüchtigen Vieger bei hohem Lohn sucht zum sofortigen Antritt G. Adolf Richter, Stockfabrik Magdeburg.

Ein Korbschneider gesucht, der perfekt zurichten und rundschnitten kann, auch etwas vom Maschinenschnitten versteht. Anerbieten an Herrn. Jos. Schmitz, Köln Malzmühle 2.

Eisenbeinschneider od. Knochenarbeiter, die sich zu ersteren ausbilden wollen, für dauernde und lohnende Arbeit gesucht. Näheres zu erfahren durch Lorenz Berg sen., Offenbach a. M. (Hessen).

Tüchtige Sofabauer auf feinste und geschweifte Arbeit, gute Polierer finden dauernde Stellung. S. Rieger, Sitzmöbelfabrik Cottbus.

Zwei tüchtige Korbmacher auf geschlagene Arbeit bei gutem Lohn in dauernde Stellung sucht Emil Dölitzsch, Eisenberg, S.-M.

Suche einen tüchtigen Korbmachergehilfen auf Matt und grün geschlagene Arbeit. Th. Bormann, Korbmachermeister Zangermühle.

1 Korbmacher auf grüne Mattarbeit sucht Paul Franenstein, Tiffin, Mecklbg.

Junger ordentlicher Korbmachergehilfe auf Geschlagen und Reparatur für dauernd gesucht. Wilh. Schöppe, Ohligse b. Solingen.

2 Weiskorbmacher (Bl. 12-18 Pf.) u. 1 Gefestellarbeiter f. dauernd gesucht. Fr. Ertinghausen, Mühlhausen (Thür.), Linsenstr. 22.

Drechsler auf Affordarbeit für Hesse und ein Kreisläger gesucht. Dauernde Arbeit. Albert Mertens Solingen-Kohlfurterbrücke.

Korbmachergehilfen auf grün und weiß Geschlagenes werden dringend gesucht. Anmeldungen erbeten bei Fritz Nölteke, Carow b. Genthin Bezirk Magdeburg.

Gesucht 2 Gesellen auf Reise- u. Waschkörbe, 3 Korbmacher auf grüne Arbeit (rund), schlicht und gematt, für dauernd bei gutem Lohn. Fr. Allrich, Korbmachermeister Perleberg.

2 Korbmacher auf Gematt sucht sofort Emil Michael, Gassenberg (Hollstein).

Gesucht auf sof. tücht. nicht. Korbmacher auf Schläuchentörbe und Roharbeit. Aug. Godecke We., Garburg a. Elbe Rue-Wall 16.

Zwei solide Korbmacher auf Geschlagen finden dauernde Stellung bei C. Lange, Pörsch, Mecklenburg.

Gesucht 2 Korbmacher auf Gematt. Ludw. Behsen, Trittau i. Holst.

Korbmacher auf eckige, grün geschlagene Arbeit stellt ein Karl Grohmann Französisch Buchholz, Berlinerstr. 6.

Für sogleich gesucht ein Korbmachergehilfe auf Ballontörbe. C. Dölz, sen., Burgstemmen Station Poppenburg.

Ein Korbmachergehilfe auf Großgeschlagenes, Reifekörbe und Waschkörbe wird sofort verlangt. W. Richter, Korbmachermeister Staßfurt, Wasserstr. 1.

Suche sofort oder später einen tüchtigen, jüngeren Korbmacher a. geschlagene Arbeit, der auch etwas mit Gestellarbeit und Reparaturen bewandert ist. 8 Mk. Reisevergütung nach 4 Wochen. Willy Taeger Feldrungen a. Kyffhäuser.

Korbmacher auf Roharbeit, Geschloßkörbe und andere finden dauernde Beschäftigung bei Gebrüder Wolf, Bernburg.

Junger Geselle findet auf Geschlagenes dauernde, lohnende angenehme Stellung. Lucas Ackermann, Korbmachermstr. Schmollu (S.-M.)

Junger Korbmacher findet sof. dauernde Beschäftigung auf groß Geschlagenes bei Ernst Kadner, Korbmacher Sietstedt a. Harz.

2 Korbmachergehilfen auf weiß und grün Geschlagenen finden dauernde Arbeit bei E. Walz, Gardelegen (Altmark).

Ein tüchtiger Korbmachergehilfe auf geschlagene Arbeit sofort gesucht. Otto Lange, Korbmacher Springe b. Hannover.

3 bis 4 tüchtige Korbmacher (Mattarbeit) sucht sofort Louis Ackermann, Korbfabrik Corbetha.

Den Bewerbern um den Posten eines Lokalbeamten in Cöln zur Nachricht, daß der Kollege Haak-Hannover gewählt wurde.

Verwalter gesucht. Als Gewerkschaftshausverwalter wird eine tüchtige Person gesucht. Dieselbe muß in der Arbeiterbewegung erfahren sein und sich hervorragend ausweisen können und möglichst sich mit 4000 bis 5000 Mk. am Geschäft beteiligen. Angebote sind zu richten an den Spar-u. Saalbauverein (S.G.M.b.H.) in Alfeld.

Werkführer für Bautischlerei, durchaus selbständig, mit Maschinen und Gasmotor vertraut, zu sofort gesucht. Arendt & Wilhelm Holzbearbeitungsfabrik, Eberswalde.

Leinöfen Vertäufelungsh. Kabatt. Apparate-Fabrik Siedburghausen 4, Thülingen.

Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Gefällige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule. Zeichner, Werkführer, Meister. Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabrikt und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lge. Mühren 86/87. Preis. z. Dienst.

Lehrbücher f. Holzarbeiter Katalog gratis und franko. Joh. Sassenbach, Berlin 16.

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150 000 Familien im Gebrauche! Gänsefedern, Gänsefedern u. alle ander. Sorten Bettfedern, Neuhheit u. besterartig, garantiert! Gute, preisw. Bettfedern p. Pfund für 0,80; 1,00; 1,40. Prima-Gänsefedern 1,60; 1,80. Polarkörbe: halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Acht Gines. Gänsefedern 2,50. Polarkörbe 3; 4; 5 Mk. Jede beliebige Anzahl Zollfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

Pecher & Co. Nr. 2214 in Westfalen. Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislagen für Federproben erwünscht!

C. Bratsch Reimkendorf (bei Berlin) Lack- und Politurfabrik

Hierfür schon 40 Jahre die vorzüglichsten Spezialitäten wie schwarzen und nussbraunen Mattlack, verbesserte Schellackpolitur, u. die billigsten, tadellosen Politurlacke.

Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten gibt mein Jubiläumskatalog, ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschließende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Matine, Bohnerwachs, Salonmatt.

Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.

Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.

Spiritusbeizen, Ambrantbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.

Flintsteinpapier, Lederleime. Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragendsten Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Ferner empfehle: Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.— Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattpsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.— Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Verlag von Karl Rloß in Stuttgart, Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Gebrüder Rauh

Stahlwarenfabrik Versandhaus I. Ranges Gräfrath bei Solingen.

Eingetragene BRILLANT Fabrikmarke

Jedermann verlange unseren neuesten, reich illustrierten Pracht-Katalog, welcher umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versandt wird. Derselbe enthält ca. 6000 Gegenstände aller Warengruppen, zum Beispiel: Alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Nickel-, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinder-Spielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl.

Über 5000 lobende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte u. Qualität unserer Waren. * Bei Sammel-Aufträgen Extra-Bergünstigungen.

Tischler-Fachschule Gotha. Gründliche Ausbildung zum Meister, Werkführer, Zeichner. Prospekte gratis.

Deutscher Arbeiter-Steinographen-Bund gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblicher Portos ihre Adresse an Louis Flach, Frankfurt a. M., Grabengasse 35. Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Otto Bergmann, Berlin SO. 33, Oppelnerstrasse 31

Abziehsteine Spezial-Preisliste gratis und franko.

Bandsägeblätter extra Qualität liefert FERD. SCHAUFEL ESSELINGEN a. Neckar Preisliste umsonst